

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



UN-Folterkommissar Nils Melzer ermittelt gegen Merkel, Müller, Geisel, Slowik.

WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 60 ab Samstag, 28. August 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 60. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

- Preis der Republik geht an Margot Winkler, Seite 2
- Ex-ARD-ler Werner Köhne auf Abenteuerreise, Seite 2
- Scheindebatte Bundestag/Geisel auf der Flucht, Seite 4
- Nadine Strotmann über die Absurdität der »2G«, Seite 5
- Steve Schramm entlarvt Pöbelfotografen, Seite 5
- Demonstrantin fordert: Straße statt Internet! Seite 8
- Hermann Ploppa: Was kostete Afghanistan? Seite 9
- Ronja Palmer: Wann fällt das erste Regime? Seite 11
- Sport mit Berthold, Seite 15 • Grundgesetz, Seite 16

VORWÄRTS!

Demokraten wehren sich weltweit gegen die totalitären und möglicherweise sogar genozidalen Anwendungen der Regierungen.

In 33 US-Bundesstaaten, Dänemark, Schweden, Afghanistan und weiteren Ländern gibt es faktisch kein Corona-Regime mehr. In Frankreich ist das ganze Land bis in jede Kleinstadt hinein in Aufruhr. In England wurden zuletzt Propagandazentralen der BBC und weiterer Sender gestürmt. Mit dem historischen Erfolg am 1. August 2021 in Berlin hat auch die deutsche Demokratiebewegung demonstriert, dass sie immer weiter wächst und niemals weichen wird, bis Menschenrecht, Freiheit und Verfassungsgrundsätze wiederhergestellt sind.

An diesem Wochenende werden wieder Hunderttausende in der deutschen Hauptstadt erwartet. Versammlungsverbote der Regierung Merkel interessieren das Volk nicht. Es pocht auf seine Grundrechte und will die Straßen besetzen, bis die Notstandsdictatur beendet ist. Auf Basis des Grundgesetzes soll eine Verfassungserneuerung für den sozialen, freiheitlichen und demokratischen Neuanfang eingeleitet werden.

Den Titeltex weiterlesen, Seite 7

Dieses Wochenende und bis zum umfassenden Sieg: DEMOKRATIEWELLE rollt durch Berlin!

- »3G« und der Tod durch »Impfung«, Seite 3
- Rechtsanwalt Markus Haintz entlarvt Harbarth-Gericht, Seite 5
- Nächste Weltweitdemo am 18. September und täglicher Demokalender: Seite 6
- Björn Gschwendner: Die Hypochonder-Pandemie, Seite 14
- Interview mit den Christen im Widerstand, Seite 15

*Willkommen!
Berliner Stadtplan
auf Seiten 12/13!*



Demokratin macht ihren Standpunkt klar: Spontankundgebung am Potsdamer Platz in Berlin. Kunstcollage: Jill Sandjaja/DW. Gestaltung: Ute Feuerstacke mit Material von Steve Schramm, Ruptly, Argentart und DW.

UND NICHT VERGESSEN

Die Ziele der vereinigten Demokratiebewegung sind seit dem 28. März 2020 glasklar:

- 1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN**
- 2. BEDINGUNGSLOSE EINHALTUNG DES GRUNDGESETZES UND DER MENSCHENRECHTE**
- 3. NEUWAHLEN, ABSCHAFFUNG DES PARTEIENPRIVILEGS UND EINFÜHRUNG DES IMPERATIVEN MANDATS**
- 4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN FRAGEN**
- 5. VERFASSUNGSENERUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES, NEUE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA**

NICHTOHNNEUNS.DE

Die Zeitungsbotin

Der Preis der Republik geht an Margot Winkler.

LAUDATIO | Von Steve Schramm und Anselm Lenz



Wir trafen die Berliner Sekretärin beim kilometerlangen Marsch der Freedom Parade am 3. Juli 2021 auf dem Weg zum Hermannplatz in Neukölln. Unter dem Arm trug sie ein dickes Bündel der neuesten DW-Ausgabe.

Schwungvoll und gut gelaunt verteilte sie die Zeitungen an Passanten und in den Briefkästen am Wegesrand. Ihre Motivation: »Es ist Zeit, Position für Frieden, Freiheit und Demokratie zu beziehen«. Margot Winkler ist regelmäßig in Berlin unterwegs, um über die Verbrechen des Corona-Regimes aufzuklären – und für eine gute Zeitung. Seit über einem Jahr ist die überzeugte Demokratin eine engagierte Verteilerin der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*. »Die Zeitung ist die Konserve der Zeit«, sagte der Schriftsteller Karl Kraus.

In der Demokratiebewegung ist Winkler mittlerweile ein bekanntes Gesicht. Weder Maskenzwang noch Ausgangsbeschränkungen oder sonstige absurde Corona-Verordnungen können sie davon abhalten, an Demonstrationen für unsere unveräußerlichen Grundrechte teilzunehmen. Die DW-Redaktion verneigt sich vor ihrem unermüdlichen Einsatz. Wir danken an dieser Stelle auch all den anderen großartigen Unterstützern. Ohne VerteilerInnen wie Margot würde es dieses Zeitungswunder nicht geben. Wir feiern diese unbeugsame Heldin stellvertretend für unzählige andere.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an die Zeitungsbotin Margot Winkler. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebesen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hiltz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Sehr geehrte Lesers,

Corona überlagert den Zusammenbruch des Finanzmacht-kapitalismus.

So oder so, werden wir uns nach neuen Regeln zusammenfinden. Doch die Lügen der Regierung führen uns nicht ins Paradies, ganz im Gegenteil!

Diese Zeitung tritt von Beginn an ein für ein freies, liberales und friedliches Deutschland.

*Und zu aller erst für ein demokratisches (S.16)
Unterstützen Sie uns dabei mit einem Abo (S.15).*

*Gemeinsam stürzen wir das Corona-Regime,
am Besten heute. Hochachtungsvoll,
♥-Lich, Todeh-z-p*



*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84
PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



**A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DEMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!**

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Zwischen sturem Prinzip und Leben (2)

EINWURF von Werner Köhne

Mit dem IC nach Münster zu einer Lesung. Zuvor auf dem Bahnsteig in Köln gepanzerte Körper – jeweils zu dritt. Selbst schlecht bezahlte Ordnungskräfte bedienen das Ideal einer »wehrhaften« Neuen Normalität, die aus Individuen Funktionsträger und aus Funktionsträgern blinde Exekutoren staatlichen Anordnungswahns macht.

Köln. Wie fühlen sie sich in dieser Rüstung – etwa wie in einem Film aus den 1930er Jahren, wo die gut sitzende Uniform des Leutnants bei den Damen den erotischen Kick mitlieferte? In einer maskierten Welt wirken die in alarmistischem Gelb gehaltenen Uniformen und die spitz zulaufenden Gedächtnismasken allerdings wenig sexy – eher einschüchternd.

Ankunft in Münster – die Stadt war mir einmal die Einlösung des Versprechens »Stadtluft macht frei«. Das hieß wildes Herumlaufen mit den Beatles im Bauch nach dem Rausschmiss aus einem Klosterinternat. Am Abend die Lesung mit einer verblüffenden Erkenntnis: Hier begegne ich einer Community, die sich den Idealen einer herrschaftsfreien Kommunikation so sehr annähern, dass der ganze Frust des letzten Jahres sich einmal in befreiende Rede auflöst. Man wünschte sich in diesen Stunden, dass die »Coronierten« diesem lockeren Zusammensein hätten zuschauen können. Das freie Atmen, die trefflichen Beiträge, die hier nicht im üblichen Clinch um Zahlen mündeten, sondern auf die Frage zielten: Was bedeutet ein geglücktes Leben – was Sterben? Wie können wir Nietzsches »Amor fati« und Camus' »zärtliche Gleichgültigkeit der Welt« zurückgewinnen? Eins wurde klar: Vieles geht zur Zeit nur in überschaubaren Gemeinschaften, die der allgemeinen Existenzverhärtung einen Entwurf von Freiheit entgegenhalten.

Am Ende des Abends gegenseitige Ermütigung. Fast erinnerte das an die verfolgten frühchristlichen Gemeinden in den Katakomben Roms. Private Initiatoren – das sei hier lobend erwähnt – machen solche Treffen möglich. Fehlte nur noch ein dionysischer Tanz am Ende – mit Lena, Van Morrison und Eric Clapton.

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): *Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses.* Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: wernerpaulkoehne@gmail.com

GENESEN, GETESTET, GEIMPFT – GESTORBEN

Warum die neuen »3G-Regeln« unwissenschaftlich und verfassungsbrüchig sind. | Von Hendrik Sodenkamp

Am 23. August 2021 traten in Deutschland die sogenannten 3G-Regeln in Kraft. Wer sich in öffentlich zugänglichen Innenräumen trifft, muss einen Nachweis als Passierschein vorlegen. Hier eine kurze Zusammenfassung der Unsinnigkeit dieser Regeln. Was heißt jetzt »Genesen«?

Für die Bundesregierung gilt nur als »genesen«, wer in den letzten sechs Monaten einen positiven PCR-Test zu Sars-Cov-2 hatte und nicht gestorben ist. Medizinische Methoden zur Ermittlung dieses Status klammern die staatlichen Stellen komplett aus. Diese sind: der Nachweis von spezifischen Antikörpern gegen Sars-Cov-2 oder die Messung von sogenannten T-Zell-Epitop-Rezeptoren im Blut, die sich spezifisch gegen Sars-Cov-2 richten.

Die wenigsten Menschen, die in Kontakt mit dem Virus gekommen sind, haben den PCR-Nachweis. Entweder, weil sie von der »Infektion« nichts mitbekommen haben, da ihr Körper von vorangegangenen Corona-Viren bereits kreuzimmunisiert war und den Erreger gleich abwehren konnte oder weil man die Mühe scheute, sich testen zu lassen und sich gegebenenfalls in Quarantäne und in den fürsorglichen Zwang staatlicher Stellen zu begeben.

So sollen nach einer Studie der Forschungsgruppe um Prof. J. Walz bereits 80 Prozent der Blutseren, die Anfang 2019 konserviert wurden, gegen Sars-Cov-2-Epitope gerichtete T-Zellen sehr deutlich nachweisbar gewesen sein, wie das Nachrichtenportal *achgut.com* berichtete. Eine repräsentative Untersuchung der indischen Regierung kam zu dem Ergebnis, dass im Juni und Juli 2021 67,6 Prozent der Bevölkerung Antikörper gegen den Corona-Virus in sich tragen.

Demnach scheut sich das RKI die wissenschaftlichen Methoden zum Nachweis einer Genesung anzuwenden (Nachweis von Antikörpern oder T-Zellen), weil diese zum Ergebnis hätten, dass bereits der überwiegende Teil auch der bundesdeutschen Bevölkerung immun gegen den Virus ist. Die Konsequenz wäre, dass umgehend alle Maßnahmen und die frenetische Impf-



»Die Milliardäre informieren uns ... Medien, befreit Euch!«, steht übersetzt auf dem Schild der Demonstrantin. Ganz Frankreich ist im Aufruhr gegen »Pass Sanitaire« und Corona-Regime. Foto: Octav Dragan

kampagne ein Ende fänden. Da dass anscheinend nicht passieren darf, werden weiterhin die PCR-Tests herangezogen.

WAS HEISST HIER »GEIMPFT«?

Für alle »Impfstoffe« gilt, dass sogar nach offiziellen Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) die Rate der Nebenwirkungen nach Verabreichung der Substanzen extrem hoch ausfallen (*pei.de*). Müdigkeit, Fieber, Kopfschmerzen, Muskelschmerzen, Probleme mit der Einstichstelle und Schüttelfrost kommen im Schnitt etwa in jedem zweiten Fall vor, häufig mehrere Nebenwirkungen zugleich. Dies gilt demnach für Pfizer/Biontech, Moderna, Astrazeneca und Johnson & Johnson.

Dem PEI sind nach eigenen Angaben in den zurückliegenden sieben Monaten so viele Nebenwirkungen wie in den 21 Jahren zuvor deutschlandweit zusammengekommen gemeldet worden (131.671) – und dreimal so viele Todesfälle (1.254) wie zuvor im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung. Das Sterberisiko ist sogar nach den offiziellen Angaben des Corona-Regimes 45-mal höher als bei üblichen Impfungen. Laut der EMA-Datenbank vom 14. August 2021, sind bereits rund 13.000 Todesfälle in direkter Folge der »Impfungen« registriert (siehe DW 59). Zuletzt wurde bekannt, dass die Nebenwirkungen und Gefährdungen durch die genwirksamen Stoffe bereits im Oktober 2020 bekannt waren. Dies geht aus Unterlagen der US-amerikanischen Behörde FDA hervor.

Die mit Erkrankungen in die Krankenhäuser eingelieferten, sind in letzter Zeit vermehrt »Geimpfte« mit Komplikationen nach Verabreichung der Gentherapie. Dies legte Diplom-Biologe und DW-Redakteur Markus Fiedler in der zurückliegenden Ausgabe dieser Wochenzeitung dar. Nun wurde bekannt, dass der Pharmakonzern Pfizer seine eigene Belegschaft nicht mehr zur Impfung animiert. Große Teile der Mitarbeiterschaft sind einer Veröffentlichung zufolge, die demnach aus dem Pfizer-Konzern selbst stammt, selber nicht geimpft und lehnen diese sogar kategorisch ab.

Hinzu kommt, dass, laut eines neuen Berichts der US-amerikanischen Behörde CDC die Wirksamkeit der »Impfstoffe« durch die sogenannte Delta-Variante noch weiter sank. So sollen diese jetzt nur noch 53,1 Prozent wirksam gegen eine Infektion mit dem Virus sein. Dabei sei darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nur um eine relative Risikoreduzierung handelt. Die absolute Risikoreduzierung beträgt schon immer deutlich unter ein Prozent.

ABHÄNGIG VON DER SPRITZE GEMACHT

Für das Spiel mit den Zahlen wurde Astrazeneca stellvertretend für alle Impf-Konzerne der Preis »Unstatistik des Monats« des RWI-Leipzig-Instituts für Wirtschaftsforschung verliehen. Der Trend des Westens geht mittlerweile zur Dritt- und Viertimpfung, da die Impfungen einfach keine Wirkung, sondern nur Nebenwirkungen zeigen. Ganze Gesellschaften werden von der Spritze

abhängig gemacht, die keinen Vorteil, stattdessen bereits Tausende Menschen getötet hat. Die Langzeitfolgen sind da noch nicht mit eingerechnet.

Es ist medizinisch sinnlos, Geimpften gegenüber Ungimpften Vorteile zu geben, da beide gleich wenig gefährdet sind, sich zu infizieren und die Infektion weiter zu geben. »Gestestet« und für zu leicht empfunden? Die Testung von symptomlosen Menschen ergibt deshalb keinen Sinn, weil die Viruslast nur bei Menschen mit Symptomen hoch genug ist, um über die Atemwege verbreitet werden zu können. Zugleich kann man jedoch festhalten, dass ein negativ getesteter Mensch nicht krank oder ansteckend sein kann, außer der Test ist falsch-positiv. Dies ist wichtig, da die Benachteiligung ungeimpfter Menschen vorangetrieben wird, indem »nur Getesteten« weniger Rechte zugestanden werden.

So verkündete der Hamburger Bürgermeister Peter Tschentschner (SPD) am Dienstag, den 24. August 2021, dass von nun an Publikumsseinrichtungen wie Theater und Restaurants wieder weitgehend ohne Auflagen ihren Betrieb aufnehmen können, wenn sie nur für »Geimpfte« und »Genesene« geöffnet haben. Dies ist Teil der Impfkampagne. Außerdem sollen am 11. Oktober 2021 die Tests kostenpflichtig werden. Zusammenfassend sei gesagt: Die Regelungen sind sinnlos, willkürlich und verfassungsbrüchig. Corona ist längst endemisch geworden. Der Bundesregierung geht es darum, möglichst viele Menschen an die Spritze zu bringen, die ein Abo-Geschäftsmodell darstellt.

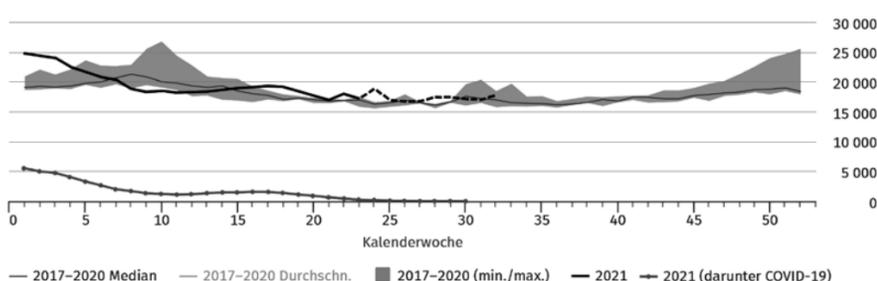
WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menscheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)



Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 23.08.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 19.08.2021)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

MELDUNG

DEMOKRATEN STÜRMEN BRITISCHE
NACHRICHTENSENDER

London/DW. Über Hundert Freiheitskämpfer stürmten am Montag das ITN-Hauptquartier, den Sitz der britischen Nachrichtensender ITV, Channel 4 und Channel 5. Der Menschengruppe gelang es um die Mittagszeit, in den Empfangsbereich der Zentrale zu gelangen. Nur durch die Polizei konnten die Demonstranten aufgehalten werden, auch noch den Rest des Gebäudes einzunehmen. Ein ITN-Sprecher sagte empört, die Aktion »führte dazu, dass Journalisten an der Ausübung ihrer Berichterstattung gehindert wurden«. Die ITN-Mitarbeiter waren aufgefordert worden, das Gebäude während des Ansturms weder zu verlassen noch zu betreten. Die britischen Demokraten feiern die Aktion als einen weiteren Sieg gegen die einseitige und regierungskonforme Berichterstattung der Medienanstalten. (rop)

MEINUNGSFREIHEIT
AUF DEM TIEFSTAND

Berlin/DW. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach liefert erschreckende Ergebnisse in Bezug auf die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Laut der Studie haben 55 Prozent der deutschen Bürger das Gefühl, ihre politische Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Das ist mit Abstand der niedrigste Wert in einer solchen Allensbach-Umfrage seit 1953. Am positivsten bewerteten Sympathisanten von Union und Grünen die Lage der Meinungsfreiheit, am schlechtesten AfD-Wähler. (rop)

SIE HAT
VERSAGT

Berlin/DW. »Wir haben versagt«, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. August im Bundestag zur Nato-Kriegsniederlage in Afghanistan. Die Kanzlerin weigerte sich, irgendeine Verantwortung für 20 Kriegsjahre zu übernehmen. Vorgegangen war der völlige Zusammenbruch der afghanischen Marionettenregierung wie -armee binnen weniger Minuten nach Bekanntgabe des Rückzuges der Besatzer. (jro)

DEN BAYERISCHEN
LANDTAG ABBERUFEN

14. - 27. OKTOBER 2021

In allen Gemeinden können die Bürger im genannten Zeitraum in ihrem zuständigen Rathaus ihre Unterschrift leisten: Den Landtag und damit Fake-Ministerpräsident Söder absetzen. Die Bayern haben erstmals die Chance, gemeinsam der bayerischen Politik die Grenzen aufzuzeigen. (cst)

Scheindebatte im Bundestag

Am Mittwoch, 25. August 2021, stimmte der Bundestag über die »Verlängerung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite ab«. Die Berufspolitiker zelebrierten wieder ihre Arbeitsteilung von imperialem Dekret und simulierter Opposition. | BERICHT von Anselm Lenz

Die Bundesregierung will auf Gedeih und Verderb eine »Vierte Welle« und einen weiteren »dunklen Winter« heraufbeschwören. Der Inzidenzwert, der auf Testungen basiert, soll nun durch Corona-Krankenhausbesuche ersetzt werden (Hospitalisierungsquote). Die Fokussierung auf Krankenhausquoten hat jedoch nur Empfehlungscharakter, weil die Bundesregierung drei Stunden vor Beginn der Bundestagsdebatte eine generelle Abkehr von der Inzidenz doch noch ausschließen wollte und den Text der Abstimmung doch noch änderte.

SPD und CDU/CSU hatten zuvor ihre Zustimmung zum Ausnahmezustand und der Zerstörung der Grundrechte angekündigt. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), frönte im Parlament offen dem Totenkult und Wiederholte die Lüge von der gefährlichen Seuche. Er lobte Impfstoffe und die Quote von »100 Millionen Impfungen in acht Monaten«, »und wenn es mit der Bratwurst funktioniert, umso

schöner«. Der gelernte Bankkaufmann und Pharnalobbyist wiederholte die Hypothese, es gehe bei allem darum, »eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden«. Die Impf-Aparttheit sei »durch 28c« legitimiert, die Verordnung der Bundesregierung zum »Infektionsschutz«. Nach 18 Monaten Kritik räumte nun immerhin auch der Gesundheitsminister ein, dass der sogenannte Inzidenzwert keine Aussagekraft hat, kündigte gleichzeitig jedoch neue Kriterien für verfassungswidrige Maßnahmen an. Nun sollen Krankenhausquoten instrumentalisiert werden.

SCHMIERENKOMÖDIE
DER FAKE-OPPOSITION

Christine Aschenberg-Dugnus, FDP, forderte, »der Ausnahmezustand muss beendet werden, wir werden einer Verlängerung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite selbstverständlich nicht zustimmen«. Detlev Spangenberg von der Partei AfD kritisierte die »unverantwortliche Panikmache« und eine »folgeschwere Fehleinschätzung«. Jan Korte, Partei Die Linke, schloss sich an: »Wir werden keinesfalls der Verlängerung der

epidemischen Lage zustimmen«, es handle sich beim Ausnahmezustand um eine »Aushebelung des Parlamentes«.

»Mit wem sie hinter verschlossenen Türen ihre Entscheidungen treffen, wissen wir bis heute nicht«, sagte Korte in Richtung des Kabinetts Merkel. Er wies darauf hin, dass während des »Pandemiejahres 2020 in Deutschland 20 Kliniken geschlossen wurden«. Grundsätzlich sei die Linksfraktion aber der Ansicht, dass Corona eine gefährliche Seuche sei – und keine Propagandalüge.

Albert Weiler, CDU, machte bei seiner Zwischenfrage klar, dass er entgegen seiner Fraktion ebenfalls gegen die Fortsetzung stimmen werde und bereits seit Juli die Beendigung des Notstandsregimes fordere. Er wies die Linksfraktion darauf hin, dass in Thüringen, wo die Linkspartei unter Ministerpräsident Bodo Ramelow größte Regierungsfraktion sei, das Corona-Regime durchgedrückt werde. Alexander Dobrindt, CSU, beklagte sich, er werde überall, wo er Außentermine habe, als »Mörder« beschimpft und erhalte Hunderte E-Mails aus dem Volk pro Tag.

Manuela Rottmann, im Parlament für die Bündnisgrünen, ruderte zwischen Affirmation der Corona und Widerspruch zur Regierung. Sie kündigte für ihre Fraktion die Ablehnung der »exekutiven Sonderrechte für einen unfähigen Gesundheitsminister« an. Auch ihre Fraktion jedoch stützt die Corona-Lüge insgesamt. Die Regierungsfaktionen SPD und CDU ließen Hinterbänkler sprechen. Nach der Aufführung eines schlechten Theaterstücks nahm das Parlament bei seiner Abstimmung wie erwartet die Verlängerung des Ausnahmezustands an – mit 325 namentlichen Zustimmungen zu 257 ablehnenden Stimmen (davon fünf Enthaltungen). 127 gaben keine Stimme ab. In Berlin gab es währenddessen mehrere Protestkundgebungen.



Am 21. August 2021 leistete sich der Berliner Innensenator Andres Geisel (Mitte) eine Schmach-Aktion. Im Rahmen seines Wahlkampfes für die SPD lud Innensenator Geisel vor seinem Büro in Karlshorst zum »Bürgerdialog« ein. Das endete für ihn mit einer Blamage. Als Captain Future (im Hintergrund) und andere Freiheitskämpfer auftauchten, Geisel aufforderten, Stellung zur Polizeigewalt zu beziehen, floh dieser abgeschirmt von Bodyguards in eine Staatskarosse. Sein Bürgerbüro ist seitdem geschlossen. Das Video des Vorgangs, abrufbar auf freedomparade.de, geht seither um die Welt. Foto: Steve Schramm

PÖBELFOTOGRAFEN ENTLARVT

Auf der Suche nach ihrer Existenzberechtigung müssen sie ständig Neonazis, Rechtsextreme und Antisemiten entlarven. Auch dort, wo es keine gibt. | Von Steve Schramm

Ausgestattet mit teurer Technik, fertigen sie gerne Profilbilder von friedlichen Demonstranten an. Diese werden dann mit Fotos von anderen, tatsächlich rechten, Demos vermischt und online gestellt. Fertig ist die selbst gekochte, irgendwie braune Suppe. Quellenangaben, Namen der Fotografen oder ein Impressum fehlen ebenso, wie grundlegende journalistische Standards. Die staatlich finanzierte Diffamierungskampagne reicht von Bildsammlungen mit diffamierenden Hashtags bis hin zu Fake-Fahndungsplakaten auf zu Gewalt aufrufenden Seiten.

Das Erschaffen von Feindbildern ist diesen Fake-Journalisten längst zum Selbstzweck geworden. Man erkennt sie an überdimensionierten Objektiven, Maskerade und fehlender Auskunftsbereitschaft über ihre Arbeitgeber. Einige beschimpfen die Fotografierten gern als – dreimal dürfen Sie raten – Nazis und



Die neuen Stasi-Fotografen sind mittlerweile auf allen Demonstrationen der Demokratiebewegung anzutreffen. Tipp bei Sichtung: Einfach mal zurückknipsen! Foto: Steve Schramm

Antisemiten. Daher: Sollten Sie, liebe Leser, im Netz oder persönlich beleidigt werden, zögern Sie nicht, Anzeige zu erstatten. Besonders pikant ist, dass einer aus der Pöblertruppe bereits selbst durch antisemitische Äußerungen aufgefallen ist. Gegen mehrere von ihnen laufen bereits Strafverfahren.

Da er des öfteren mit ihnen beobachtet wurde, fragten wir Jörg Reichel, den hochdotierten Funktionär der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU), inwiefern diese Fotografen-truppe denn überhaupt journalistisch tätig sei. Eine Antwort blieb aus. Bemerkenswert ist auch, dass Berichte über den mutmaßlichen Angriff auf Jörg Reichel durch Demonstranten am 1. August 2021 nur Reichels eigenen Twitter-Account als Quelle nennen. Wo sind die spektakulären Bilder des verletzten Reichel – und Täter? Haben die Fotografen etwa versagt? War Claas Relotius auch dabei? Wir verurteilen jeden Angriff auf die Pressefreiheit und wünschen gute Besserung. Auch obenrum.



DAS GRUNDGESETZ UND SEIN OBERSTER WÄCHTER

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Meine erste schriftliche Begegnung mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth war im Juni 2020. Mit einem Zweizeiler wies das Gericht einen Eilantrag wegen einer Maskenpflicht auf einer Demonstration in Oldenburg zurück, mitunterzeichnet von Harbarth, der kurze Zeit später selbst auf einer Demonstration ohne Maske gesprochen hat.

Harbarth war schon vor seiner Wahl zum Präsidenten umstritten und die Kritik an seiner Person ist seither nicht kleiner geworden. Er saß bis 2018 für die CDU im Bundestag, ehe er direkt an unser höchstes Gericht wechselte. »Endlich jemand mit Gesetzgebungskompetenz in Karlsruhe«, freuten sich manche, während andere die Politik der »Revolving Doors«, – vom Parlament ins Gericht – als gefährlich für die Gewaltenteilung ansahen.

PROBLEMJURIST STEPHAN
HARBARTH ENTLARVT

Doch die Kritik an Harbarth geht weiter: Er soll als Abgeordneter gegen das Abgeordnetengesetz verstoßen haben. Neben seiner gesetzlich definierten Haupttätigkeit als Abgeordneter verdiente er nebenbei als Anwalt jährlich zumindest mehrfach über eine Million Euro. Wer als Anwalt solche Summen verdient, vertritt in der Regel Großkonzerne, so auch Harbarth, der aktuell wohl der Unternehmens-Lobbyist in der wichtigsten Position sein dürfte.

Seine ehemalige Kanzlei Shearman & Stirling war federführend daran beteiligt, den Cum-Ex-Trick juristisch auszuarbeiten – den wohl größten Steuerbetrug in der deutschen Geschichte. Die Kanzlei war auch führend beim Thema internationale Schiedsgerichte, also nichtstaatliche Gerichte, die völlig am Recht der Nationalstaaten vorbei agieren und von Großkonzernen genutzt werden, um sich ihr eigenes »Recht« zu schaffen.

Zudem ist es zumindest ungewöhnlich, direkt aus der Anwaltschaft ins Bundesverfassungsgericht zu wechseln. Das Tätigkeitsprofil eines Anwalts unterscheidet sich maßgeblich von dem eines Richters, wenn gleich natürlich auch Anwälte die Zulassung zum Richteramt haben. Die Honorarprofessur der Uni Heidelberg im Jahr 2018 hat Harbarth, den Mann mit vielen Talenten, letztlich wählbar gemacht.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Menschen, Viren, Sensationen!

Weekly Wahnsinn – der satirische Wochenrückblick. | Von Nadine Strotmann

Hereinspaziert! Erleben Sie skurrile Attraktionen! Und das alles im besten Deutschland aller Zeiten! Jens Spahn überzeugte vergangene Woche mit seinem emotionalen Wahlkampfauftritt in Oggersheim.

Begleitet von Buhrufen, Pfiffen und fliegenden Eiern, die seiner schwarzen Limousine das gewisse Etwas verliehen, kam Spahn der Einladung seines Parteikollegen Torbjörn Kartes nach. Das Motto »Auf einen Kaffee mit Jens Spahn« interpretierten die Regierungskritiker offensichtlich anders. Denn Einlass hatten nur Geimpfte, Genesene und Getestete. Die leider nur Gesunden mussten draußen bleiben. Dass die Trennung von Menschen nach biologischen Eigenschaften die neue Normalität der Hygiene-Faschisten ist, machte Spahn ein paar Tage später in Medien-Interviews deutlich: »Wir impfen Deutschland zurück in die Freiheit.« Hui, das erinnert an dunkle Zeiten! Und damit keine Missverständnisse aufkommen, hat es Thomas Huber, CSU-Mitglied im Bayerischen Landtag, noch präziser formuliert. Dieser twitterte fröhlich: »Impfen macht frei.« Hat hier jemand noch Fragen?

KEIN MENSCH IST ILLEGAL -
AUSSER ER IST UNGEIMPFT

Im vorausseilenden Gehorsam reagierte offensichtlich Peter Tschentscher, SPD-Mitglied und Bürgermeister von

Hamburg. Er erließ als erster ab kommender Woche die »2-G-Regel.« Das heißt, dass in Hamburger Innenräumen nur noch Geimpfte und Genesene (nur für sechs Monate wohl gemerkt) willkommen sind. Passend dazu kaptulierte sich der Hashtag »Hamburg hasst Gesunde« auf Platz 1 der deutschen Twitter Charts. Unseren Glückwunsch! Damit ist Hamburg die erste unfreie Hansestadt Deutschlands. Und der gewiefte Hamburger Gastronom Stephan Fehrenbach, der ein Shirt mit der Aufschrift: »No human is ilegal« (deutsch: Kein Mensch ist illegal) trägt, verkündete stolz im Zeitungsinterview, dass er nur noch Geimpften Zutritt in seine Bar gewähren will. Wer kann ihm bitte den Widerspruch zwischen Shirt und Statement erklären? Die Schweizer Lufthansa-Tochter FlySwiss setzt hingegen noch einen drauf und führt ab November für alle Mitarbeiter eine Impfpflicht ein. Mehr Schutz geht nicht. Danke an alle, die das möglich machen!

ZDF GENDERTE TALIBAN
- KEIN WITZ!

Und wenn du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Grüner*innen her (Anmerkung d. Red.: Wir gendern ungestüm und unsinnig). Wer nichtsahnend und unbedarft vergangene Woche durch sozialen Netzwerke navigierte, um hier und da nach neuesten Lachern zu suchen, der konnte vor allem bei den Grünen fündig werden. Die medial hochgeschriebene Oppositionspartei,

die aber keine ist, hat wieder zugeschlagen. In ihrem aktuellen Werbespot dichtet sie das Volkslied »Kein schöner Land« um und lässt dieses von unterdurchschnittlich attraktiven Frauen heulend vortragen (als Gesang können wir das an dieser Stelle beim besten Willen nicht bezeichnen). Natürlich johlen auch Menschen*innen mit Migrationshintergrund. Kurzum: Aus dem schönen Volkslied wird ein Propaganda-Song für eine neue Welt voller Klima-Aktivist*innen, Lastenradfahrer*innen und Würstchengriller*innen. Und zum Schluss tauchen auch noch die beiden Blitzbirnen Robert Habeck und Annalena Baerbock auf, um uns allen mitzuteilen, dass sie jetzt alles geben, den Aufbruch leben und bereit sind. Um Gottes Willen! Das, genau das muss Hannah Arendt gemeint haben, als sie von der Banalität des Bösen sprach. Zu guter Letzt übertraf sich das ZDF und gender-te die Taliban: »Die Islamist*innen ziehen in immer mehr afghanische Städte ein. »Wer sagt denen denn bloß, dass es keine weibliche Taliban gibt? Zurecht schrieb Ali Utlu, Menschenrechtler und Aktivist, auf Twitter: »Wenn das ZDF nun anfängt, die islamistischen Mörder von Frauen zu gendern, muss die Politik endlich das Gendern im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk verbieten.«



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdanken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de/

DANKE:
Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. - Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Vereinte Friedensbewegung

Am 18. September 2021 kommen weltweit die Besten zusammen.
Von Johnny Rottweil

Über die letzten Monate hinweg ist es den Initiatoren der World Wide Demonstration Sunny und Ilhan von den Freien Bürgern Kassel gelungen, mehr als 100 Demo-Organisationen aus über 45 Ländern zu vereinen. Gemeinsam bringen sie im regelmäßigen Turnus Hunderttausende Menschen zusammen, die friedlich aber bestimmt für ihre Ziele demonstrieren.

Am Samstag, den 18. September 2021 ist es wieder so weit, denn dann geht die World Wide Demonstration in die vierte Runde. Und hier möchten die beiden Initiatoren ihr nächstes Ziel erreichen: Neben den internationalen Zusammenschlüssen soll es nun auch wieder gelingen, ähnlich wie am 20. März 2021 in Kassel, die deutsche Friedensbewegung erneut zusammenzubringen. Dies erscheint insbesondere aufgrund der jüngsten Demonstrationsverbote jedoch als eine große Herausforderung. Doch eines ist den Initiatoren in den letzten Monaten deutlich geworden: Gemeinsam sind wir stark! Aus diesem Grund rufen nun Sunny und Ilhan alle friedlichen Organisationen aus Deutschland zu einer Kooperation auf. In einem sind sich alle einig: Nur wenn wir es endlich schaffen, die Spaltung in den eigenen Reihen zu bekämpfen, werden wir Großes erreichen.

Weitere Auskünfte zu den Weltweitdemonstrationen: worldwidedemonstration.com
Kontakt zu den Organisatoren per Telegram-App @wwd2021.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de

Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

28.08.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz / Bernauer Str.	Schilderaktion Freiheitsallee
28.08.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung - Gemeinsam friedlich für Wahrheit und Freiheit!
28.08.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
28.08.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
28.08.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
28.08.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
28.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
28.08.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung
28.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa (außer bei Großdemos))	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
28.08.2021 13-17 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke (Cafe Capri) - Sophienstr. 1B	Kundgebung - Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit
28.08.2021 16-18:30 Uhr	Berlin, Paradiesstraße 256 (P+R S Altglienicke)	Autokorso für Grundrechte (TH, SN, Süd-BB)
28.08.2021 16-18:30 Uhr	Berlin, Parkpl. Jugendamt - Märkische Allee 414	Autokorso für Grundrechte (MV, SH, HH, Nord- u. Ost-BB, Berlin)
28.08.2021 16-18:30 Uhr	Berlin, Olympischer Platz	Autokorso für Grundrechte (ST, RP, SL, BW, BY, West-BB)
28.08.2021 16-18:30 Uhr	Berlin, Park and Ride Parkplatz - Am Feuchten Winkel	Autokorso für Grundrechte (NW, NI, HB, HE)
28.08.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
28.08.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
28.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
28.08.2021 14-22 Uhr	Berlin, Nettelbeckplatz	Marktplatz der Demokratie
28.08.2021 19-22 Uhr	Berlin, Zufahrt, Theodor-Heuss-Platz/Kaiserdamm, Kreuzung Messedamm	Großer Abschlusskors für Grundrechte
28.08.2021 11-23:59 Uhr	Berlin, Unter den Linden - Ecke Friedrichstraße	Großaufzug für Frieden & Freiheit
29.08.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
29.08.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
29.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
29.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkors für Grundrechte (bei Regen Autokorso TP: Viehmarkt)
29.08.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Siegessäule	Kundgebung & Spaziergang - Für Frieden & Freiheit
30.08.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
30.08.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
30.08.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
30.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
30.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
30.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratiefashmob
30.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
30.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
30.08.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
30.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
30.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
30.08.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
30.08.2021 19:20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustausch & Spaziergang
30.08.2021 19:20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
30.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
30.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
30.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
30.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
30.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Vor dem Rathaus - Bernauer Str. / Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
31.08.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätleplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
31.08.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz (weiter auf Mittelstreifen der Schlossstr.)	Schilderaktion
31.08.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
31.08.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
01.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
01.09.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
01.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
02.09.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
02.09.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
02.09.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do)	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache
02.09.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
02.09.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
02.09.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
02.09.2021 17:30-21 Uhr	Speyer, Unterer Domgarten (vorm Heidentürmchen)	Kundgebung - Aufklärung bewahren statt Corona-Psychose
03.09.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
03.09.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
03.09.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
03.09.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Freiheitspicknick
03.09.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe Online	Autokorso Berlin Ost
04.09.2021 13-16 Uhr	Hamburg, Parkplatz Glacischaussee	Autokorso für Grundrechte
04.09.2021 13-17 Uhr	Karlsruhe, Platz der Grundrechte	Schildergarten - Kunstaktion zum Thema Grundrechte
04.09.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
04.09.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
04.09.2021 11-15 Uhr	Berlin, Theaterplatz	Demo-Fest - Wir sind viele
05.09.2021 14-15:30 Uhr (jeden 1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
05.09.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
06.09.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
10.09.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
11.09.2021 10-23:59 Uhr	Brussels, To be announced	European Demonstration for Freedom and Democracy
09.10.2021 10-23:59 Uhr	Dresden, Ort folgt	Studentendemo, Präsenzlehre & Aufhebung der Corona-Maßnahmen

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> + NEWSLETTER ABONNIEREN

© Fortsetzung von Seite 1

VORWÄRTS! *Demokraten strömen aus ganz Deutschland nach Berlin, um das Notstandsregime zu beenden.* | Von Burak Erbas, Gerda Thiele und Jill Sandjaja

Die Zeit drängt. Wir befinden uns im Endspurt im Kampf für unsere Freiheit und Grundrechte. Das Corona-Regime plant für den kommenden Herbst und Winter den endgültigen Vernichtungsschlag gegen die Reste der demokratischen Gesellschaft. Die *Fake*-Pandemie dient weiterhin als Legitimationsgrundlage für die Notstandsdictatur, mit der die Instrumente der Überwachung und Unterdrückung ausgebaut werden.

Das Ziel dieser großangelegten Schockstrategie ist der »Great Reset«, die Enteignung und Entmündigung des Volkes und die Transformation des liberalen Sozialstaats in eine technokratische Herrschaft der neofeudalen Elite. Justiz und Polizei sind teilweise zu deren Erfüllungsgehilfen verkommen und arbeiten gegen das eigene Volk. Gewaltenteilung existiert *de facto* nicht mehr. Die freie Presse wird bekämpft. Die Bürger werden zu gefährlichen Gen-Impfungen genötigt und der Verdacht auf eugenische Experimente an der Menschheit erhärtet sich.

Dem entgegen steht aber die größte und ausdauerndste Freiheitsbewegung, die es jemals in den 4.000 Jahren der bekannten europäischen Geschichte gegeben hat. Nach dem historischen Durchbruch am 1. August 2021 werden an diesem Wochenende um den 28. und 29. August 2021 wieder Hunderttausende, wenn nicht Millionen, Demokraten in Berlin erwartet.

STIMMEN AUS DER DEMOKRATIEBEWEGUNG

Für einen jungen Mann der Initiative »Studenten Stehen Auf« steht fest, dass man mit Demonstrationen etwas in Gang setzen kann. Außerdem freut er sich jedes Mal auf die vielen Studenten aus ganz Deutschland, die von Veranstaltung zu Veranstaltung in immer größerer Zahl in die Hauptstadt kommen. »Knapp anderthalb Jahre Protesterfahrung haben viele von uns schon zusammengeschweißt. Das muss natürlich gefeiert werden!«

Mahmut A. aus Köln reist mit seinem Kleinbus an. Der 23-Jährige Gewerbetreibende hat unter den Corona-Maßnahmen sehr gelitten und stand kurz vor der Insolvenz. Er appelliert an alle Unentschlossenen: »Jeder einzelne Demonstrant zählt. Nur wenn wir zusammenhalten und den Protest weiterführen, wird sich etwas ändern. Die Politik hat kein echtes Interesse am Wohl oder der Gesundheit der Menschen. Wir müssen es selbst in die Hand nehmen.« Für den Fall, dass die Regierung wieder versucht, die Autobahnen einzuschränken und Busse lahmzulegen, hat er sich bereits Schleichwege in die Hauptstadt herausgesucht.

Elisa B. aus Memmingen hofft, dass die Polizei friedlich bleibt und die Demokratiebewegung eine starke Präsenz zeigen kann. Ihr ist es wichtig, trotz aller Unterdrückung und der Ächtung in den Regierungs- und Konzernmedien, ihre Meinung frei äußern zu können. »Deshalb komme ich vom 27. bis 29. August nach Berlin. Die Menschen sollen sehen, dass wir viele sind. Vielleicht trauen auch sie sich dann, frei zu denken und zu ihrer Meinung zu stehen.« Für Michael D. aus Berlin ist die

Beendigung der unsinnigen Maßnahmen längst überfällig. In großen Veranstaltungen sieht er eine echte Chance. »Das Wichtigste ist, dass wir mit unseren Forderungen wahrgenommen werden, und dafür müssen wir jetzt auf die Straße gehen, denn das ist mittlerweile unsere einzige Möglichkeit, gehört zu werden. Wenn wir dort dann auf Gleichgesinnte treffen, gibt uns das neue Kraft und genau das brauchen wir!«

WAS ERWARTET UNS AM DEMOWOCHENENDE?

Die Demokratiebewegung zeigte mit dem Etappensieg vom 1. August 2021, dass sie immer nur weiter wächst. Mit dynamischen, aber friedlichen Guerilla-Taktiken und dezentral koordinierten Demozügen schaffte sie es nach dem Londoner Vorbild, die Polizei friedlich zu umgehen, die Straßen zu fluten und ein Zeichen der Stärke an alle Außenstehenden zu senden. Zehntausende schlossen sich an. Die symbolische Bedeutung der erfolgreichen Großdemonstration ist nicht zu unterschätzen. Die Botschaft lautet: Wir sind das Volk und der wirkliche Souverän. Wenn wir zusammenhalten und standhaft bleiben, werden wir siegen.

Geplant und zu Redaktionsschluss noch nicht verboten ist der Auftakt in der bekannten Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, wo in der frühesten Morgensonne des 27. Augusts eine »Erich-Mielke-Gedächtniskirche« eröffnet werden sollte. Am Freitagabend folgt der Autokorso, der um 18 Uhr vom Olympischen Platz aus seinen Weg in die Stadtmitte bahnen wird. Am Tag darauf, am 28. August, beginnt der Großaufzug um 11 Uhr im Großbereich Ecke Unter den Linden und Friedrichstraße. Er endet mit einer Kundgebung an einem vermutlich symbolträchtigen Ort, der noch geheim gehalten wird.

Zudem findet von 14 Uhr bis 20 Uhr am Nettelbeckplatz der »Marktplatz der Demokratie« statt. Dort bauen unter anderem die Freie Linke, Christen im Widerstand, Eltern stehen auf und auch der *Demokratische Widerstand* ihre Informationsstände zur Bundestagswahl auf. Außerdem fahren vier weitere Autokorsos aus allen Himmelsrichtungen durch die Straßen von Berlin.

Ordner werden an vielen Stellen die Koordination der Demo-Guerilla gewährleisten. In unserem offiziellen Telegram-Kanal (t.me/DemokratischerWiderstandTelegram) halten wir Sie auf dem Laufenden. Wer kein *Smartphone* dabei hat, kann in unserem Stadtplan auf Seiten 12 und 13 Inspiration holen und sich einen Überblick über Chancen und Möglichkeiten in unserer Hauptstadt verschaffen.

Berlin beheimatet nicht nur den Hauptsitz der verfassungsbrüchigen Bundesregierung, der gleichgeschalteten Funkhäuser und des *ARD*-Hauptstadtstudios, die Propagandabruststätte der *Fake*-Wissenschaft Robert-Koch-Institut, sondern auch etliche andere Sehenswürdigkeiten, die einen Besuch wert sind. In den Stadtbezirken Neukölln und Kreuzberg gibt es beliebte und lebendige Wohnviertel aus dem 19. Jahrhundert, die zu einem Spaziergang

mit dem Grundgesetz einladen. Der Potsdamer Platz mit dem Sony-Center soll für die moderne und vermeintlich »nachhaltige« Architektur stehen. Dort gibt es mehrere großdimensionierte S- und U-Bahnhofeingänge, einige Bushaltestellen, sowie fünf Hauptstraßen mitten durch das neue Zentrum der Stadt. Für viele Touristen, aber auch für Demonstranten ein optimaler Standort für spontane Versammlungen.

Wer am liebsten alle Sehenswürdigkeiten erkunden möchte, sollte möglichst mobil bleiben, zum Beispiel mit *E-Scootern* und Fahrrädern, die an jeder Straßenecke ausgeliehen werden können. Wichtig ist es für alle, die Kommunikation aufrecht zu erhalten, ständig in Bewegung zu bleiben und sich nicht von der Polizei einkesseln zu lassen.

MÜSSEN WIR ANGST HABEN?

Die Frage ist, wovor sollten wir mehr Angst haben? Vor einer Gegenwart, die von hochkriminellen Regierungen und Konzernen auf Tod und Totalitarismus getrimmt wird? Oder vor einem Wochenende, an dem wir die Entscheidung dagegen erzwingen können? Am 1. August 2021 hatte das verfassungswidrige Notstandsregime bereits sein Fiasko. Mit menschenverachtenden Methoden versuchte es, die Demokraten in den Straßen Berlins niederschlagen zu lassen. Der Demonstrant Sascha kam in einer Polizeimaßnahme zu Tode, die Umstände sind nicht abschließend ermittelt. Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte laut Einsatzbefehl vom Tage besonders »niedrigschwellige Eingriffsschwellen« anordnen lassen.

Seither ermittelt sogar der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Folter Nils Melzer gegen Bundesregierung und Berliner Senat. Zu den Angriffen auf friedliche Demonstranten gab er zu bedenken: »Man kann 20.000 gar nicht mit Gewaltanwendung unter Kontrolle halten.« Melzer kolportierte dabei die bereits vielfach um Zehnerpotenzen übertroffene Zahl. Weiter führt er kritisch aus: »Man muss sich schon fragen, wenn man mit einer Masse von Menschen konfrontiert ist ... der Zweck ist ja hier Pandemieeingrenzung. Wenn man die jetzt alle in Panik versetzt und zusammendrängt, ist damit die Ansteckungsgefahr auch nicht gebannt, nicht? Die Frage ist, ob die Regierung damit den Zweck überhaupt erreichen kann.«

DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG NIMMT WIEDER FAHRT AUF

Dem Vorstoß von NichtOhneUns und Querdenken wie der Ausdauer Hunderter anderer mutiger Initiativen haben wir es zu verdanken, dass der Geist der Freiheit und des Widerstands in Deutschland erwachte und auch unsere europäischen Nachbarn erfasste. Nach vielen Monaten des kontinuierlichen Protests ließen sich jedoch auch Ermüdungserscheinungen erkennen. Mit Zuckerbrot und Peitsche und einer zermürbenden Politik der Ungewissheit und des Hinhaltens schaffte es das Corona-Regime im Winter 2020/2021, den Wind aus den Segeln des Widerstands

zu nehmen. Innerhalb der Bewegung mangelte es aber auch an einer klaren, konsequenten und langfristigen Strategie. Ein praktikables Angebot für das Danach wurde nicht gut genug ausgearbeitet und präsentiert.

Zentralistische Organisationsformen neigen dazu, ein Eigenleben zu entwickeln und immer mehr den Zweck im Selbsterhalt zu sehen. Es gibt eine lange Geschichte davon, wie Parteien, Vereine und auch Medien aus mangelnder Weitsicht und fehlendem Zusammenhalt den Fokus verlieren, auseinanderfallen oder ihre ursprünglichen Ideale verraten. Machtambitionen, charakterschwache Leitfiguren, Schuldzuweisungen, Vorwürfe und Gerüchte gedeihen, wenn das gemeinsame Ziel nicht entschlossen genug anvisiert wird. So mancher Personenkult war in der langen Geschichte fortschrittlicher Bewegungen ein Anzeichen dafür, dass die Werte der Selbstbestimmung und Demokratie noch nicht ganz verinnerlicht wurden. Es sind eben diese alten Reflexe, von »oben« oder von »den anderen« die Erlösung zu erwarten.

Die Demokratiebewegung unserer Jahre ist aber flexibel und voller Tatendrang. Wenn sie aus den Fehlern der letzten Monate lernt, sich dezentral organisiert und gleichzeitig an einer effizienten Kommunikation und Vernetzung arbeitet, kann sie endlich in die eigene Praxis übergehen, statt ständig nur auf die Schachzüge des Regimes zu reagieren.

WAS SIND DIE FORDERUNGEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATEN?

Angesichts des sich anbahnenden offenen Terrors des Apartheid-Regimes müssen wir mehr denn je zusammerrücken und sinnlose Diskussionen hinter uns lassen. Eine Spaltung der Verfassungsbewegung spielt nur den Herrschenden in die Hände. Der *Demokratische Widerstand* steht seit seiner Gründung für Einigkeit und Recht und Freiheit. Seine zentralen Forderungen sind seit dem 28. März 2020 unverändert geblieben und lauten wie folgt:

1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland.
2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes und des Menschenrechts in Wortlaut und Sinngehalt.
3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs und Imperatives Mandat.
4. Volksentscheide über alle grundlegenden Fragen.
5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.



Burak Erbas ist studierter Bauingenieur und Chef vom Dienst in der DW-Redaktion.



Gerda Thiele hat kürzlich ihren Schulabschluss erlangt und ist nun Redaktionspraktikantin beim DW.



Jill Sandjaja ist Architektin, Musikerin und DW-Illustratorin. Sie sagt: »Ich habe auf Rock'n'Roll geschworen.«

Es ist an der Zeit zu handeln

Oder: Die Geschichte eines Bildes. | Von Hannes Henkelmann

Vor einem Jahr sah ich Frau Hägele-Alleze in der Nähe der Sie-gessäule in Berlin. Sie stand Auge in Auge mit der Staatsmacht. Sie hatte diesen durchlässigen Blick und schenkte mir das beigefügte Foto. Heute treffe ich sie in Schwäbisch Gmünd und wir sprechen über 18 Monate Widerstand auf der schwäbischen Alb sowie über die Demo am 29. August 2020 in Berlin und die Übergriffe der Polizei am 30. August 2020.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!

Mein Name ist Christine ich bin verheiratet und glückliche Mama von zwei wunderbaren Kindern. Momentan befinde ich mich im Studium zur Naturheilpraktikerin.

Wie sieht es mit dem Widerstand hier in der Provinz aus?

Lange Zeit war ich Teil des Querdenken-711-Teams und habe Widerstand auf der Straße geleistet. Mittlerweile arbeite ich mit Menschen, die sich auf die Zukunftswünsche und Bedürfnisse unserer Kinder konzentrieren. Wir kreieren Lösungen für unseren Alltag und gehen neue Wege. Wir sind auch im Widerstand, aber anders. Wir haben uns regional verbunden und arbeiten sehr lösungs- und zukunftsorientiert.

Wie haben Sie die Demo am 29. August 2020 in Berlin in Erinnerung?

Es war ein aufregender Tag. Die endlose Wartezeit an der Friedrichstraße, keiner wusste was passieren würde. Später auf der Straße des 17. Juni waren sicherlich eine Million Menschen unterwegs. Die Atmosphäre war einmalig, so friedlich und bunt. Und die Kennedy-Rede war natürlich der Höhepunkt. Ein Tag, den wohl keiner vergessen wird, der dabei war.



Für die Demonstrantin Christine Hägele-Alleze aus Süddeutschland ist jetzt vor allem wichtig: Mut zum aktiven Widerstand und Mut, neue Zukunftsperspektiven zu schaffen.
Foto: Hannes Henkelmann

Und wie haben Sie den 30. August 2020 erlebt?

Der 30. August 2020 war das komplette Gegenteil. Die Stimmung war von Anfang an etwas komisch, es lag etwas in der Luft. Lange hat es dann wahrlich nicht gedauert, bis die Berliner Polizei, oder treffender gesagt die Söldner der US-Firma Constellis, ihrem Auftrag nachkamen. Sie gingen zum Teil brutal gegen die Menschen vor, selbst wenn es nur um die Kontrolle der Personalien ging. Ein Tag der Schande. Auch einige ältere Friedensaktivisten wurden brutal zu Boden gedrückt und mitgenommen. Absolut beschämend diese Bilder. Selbst vor einer schwangeren Frau wurde kein Halt gemacht. Für mich, ich war damals zum ersten Mal auf einer Demo, waren das schockierende Szenen. Für diese absolut sinnlose Gewaltbereitschaft finde ich keine Worte. Jeder der dabei war, weiß, wovon ich spreche. Die Fotos aus Ihrem Bildband dokumentieren diesen Tag.

Das emotionalste Foto habe ich Ihnen zu verdanken! Erzählen Sie unseren Lesern bitte die Geschichte hinter dem Bild.

Ich nenne es einfach mal Konfrontation von Mensch zu Mensch. Ich konnte nicht fassen, wie unmenschlich die Polizei vorgegangen ist. Ich war als Ordnerin eingesetzt und habe einem Beamten nur eine lapidare Frage gestellt, woraufhin dieser gleich seinen Schlagstock zog. Wie angewurzelt blieb ich daraufhin einige Meter vor ihm stehen. Ich war fassungslos. Ich sah ihm offen in die Augen und er konnte dem Blick nicht lange standhalten. Dieser junge Polizist wusste genau, wie menschenverachtend er und seine Kollegen sich an diesem Tag verhielten. Er war dann auch sichtlich erleichtert, als er den Befehl zum Truppenabzug erhielt und sich so meinem Blick entziehen konnte. Das Foto habe ich zum ersten Mal gesehen, als die Anfrage von den Organisatoren des

Schweigemarsch kam, ob sie es für den Flyer und Trailer verwenden dürften.

Danke, dass Sie Ihre Zustimmung gegeben haben.

Man muss heutzutage Gesicht zeigen! Ich empfinde das wichtiger denn je. Wer jetzt wegschaut und alles unreflektiert geschehen lässt, macht sich, ich muss es so hart sagen, mitschuldig. Aus diesem Aspekt heraus habe ich auch meine Zustimmung gegeben, das Bild zu veröffentlichen und mich als Gesicht des Schweigemarsches zur Verfügung zu stellen. Die Freigabe hat mir viele schöne, menschliche Kontakte eingebracht. Vor allem die Zusammenarbeit und mittlerweile Freundschaft zu den Friedensaktivisten in Berlin möchte ich nicht mehr missen. Ich grüße auf diesem Wege einige Herzensmenschen. Allen voran: Andy, Silke, Marco und Andrea! Danke, dass es euch gibt und dass ihr immer ein offenes Ohr für mich habt!

Wie sieht Ihre Prognose für die Demokratiebewegung aus? Was brauchen wir, um die Sache zu unserem Gunsten zu kippen?

Wir benötigen den Widerstand auf der Straße und die Aufklärung noch unbewusster Menschen. Zudem ist ein lebenslanges, achtsames Hinterfragen der eigenen Werte und des eigenen Handelns nötig, um die Welt zu verändern. Wir brauchen mehr menschliche Wärme statt Distanz, mehr klärende Gespräche miteinander statt Gespräche übereinander. Kommt in die Gänge und übernehmt Verantwortung für all euer Tun, schließt euch zusammen, bildet Gruppen, regional wie überregional, und begreift endlich, dass Telegram-Nachrichten lesen kein Widerstand ist. Es ist an der Zeit, mutig zu sein und zu handeln.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

BILDET MENSCHENKETTEN!

In Neuseeland machen sie uns vor, wie es trotz Verbot geht: Einfach eine Menschenkette bilden und an befahrenen Straßen aufstellen. So haben in den 80er Jahren Hunderttausende gegen die Ausrüstung demonstriert. – Gerhard W.

VIELEN DANK!

Gerade habe ich die ausgezeichnete DW-Zeitung bekommen. Sie ist ein Spitzenfabrikat der nachlesbaren Demokratie! Ihnen allen viel Mut, Kraft, Wohlergehen und Erfolg. Danke für ihre Wohltat für uns alle. Es tut jedem so gut! Hier noch ein Auszug aus meinem Lieblingsgedicht:

GEDICHTAUSZUG

Ändern kann der Mensch sich täglich.
Langsam wächst Vertrauen nach.
Böses schleicht sich, jammer kläglich,
Stärke spürend, wird's bald schwach.
Tatendurstig losmarschieren
bricht dem Lebenswerten Bahn.
Zukunft darf sich nicht verlieren
zu der Macht vom Größenwahn.
– Ida L.

VORFREUDE

Ich freue mich schon sehr auf die vielen lieben Menschen, die in Berlin am Wochenende wieder zusammenkommen werden. Ich freue mich, mit ihnen

über Zukunftsprojekte zu sprechen und zu planen. Es tut so gut, die bunte Vielfalt von so vielen tollen Menschen zu sehen, die den Mut haben, von einer besseren Welt zu träumen. Ich wünsche mir, dass dieses Mal jeder der Demoteilnehmer noch zwei bis drei Freunde mitbringt. Viel Friede & Freude & bis bald!
– Max L.

EIN GROSSARTIGER FUND

Neulich habe ich eure Zeitung auf einer Bank im Park gefunden. Ich war so gefesselt von den spannenden Artikeln, dass ich ganz vergaß, rechtzeitig einkaufen zu gehen. Eine tolle Aufmachung

und ein grandioser Inhalt. Heutzutage leider eine echte Seltenheit. Durch eure Hilfe wurden mir viele Zusammenhänge erst bewusst und dafür bin ich euch sehr dankbar!

– Hannah Z.

MAG ES NICHT LESEN

Sie haben ja recht, aber man darf es nunmal nicht so sagen. Deswegen schicke ich Ihnen Ihre Zeitung zurück und sage ausdrücklich (...) rechte Hetze!

– Jean P.

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 60. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und über 15 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abbringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.

Auf der Internetseite demokratischerwiderstand.de können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.

ABONNIEREN SIE FÜR EXKLUSIVE INHALTE UNSERE OFFIZIELLEN KANÄLE!

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

Was kostet das Afghanistan-Desaster?

Milliarden von Steuergeldern wurden im Afghanistan-Krieg in den Sand gesetzt. Journalisten decken nun die versteckten Kosten auf. | Von Hermann Ploppa

Wir wissen es alle: die Bundesregierung hat kein Geld. Das wird uns immer wieder eingehämmert. Die Hege und Pflege öffentlicher Gebäude wird sträflich vernachlässigt. Neue Kinderhorte sowie Schulerweiterungen werden schon seit einiger Zeit in billigen Blechcontainern untergebracht. Landstraßen bekommen immer größere Schlaglöcher. Auch für Pflegepersonal ist nie genug Geld da, sodass schon ganze Abteilungen in Krankenhäusern dicht machen müssen, wenn die verbliebenen Krankenpfleger mal umfallen.

Und dann leisten wir uns den Luxus, an Kriegen in fernen Plätzen dieser Erde teilzunehmen, wo wir eigentlich gar nichts verloren haben. Aber wir müssen halt unserem Freund USA und dessen Schildknappenverein Nato einen Gefallen tun. Zudem wird unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt. Vom Hocker gerissen hat der Afghanistan-Krieg die Deutschen eigentlich nie. Das Abenteuer in Nahost wurde kontinuierlich von zwei Dritteln aller befragten Bundesbürger abgelehnt. Trotzdem segnete der Deutsche Bundestag mit satten Mehrheiten immer neue Etat-Erhöhungen für den Hindukusch-Ritt ab. So funktioniert wahre Demokratie, oder?

Die deutsche *Mainstream*-Presse möchte auch nicht so gerne nachfragen, was der Afghanistan-Krieg uns bislang gekostet hat. Nur RT Deutsch bohrt immer mal wieder nach. Und so erfahren wir, dass im Jahre 2018 die Fraktion der AfD im Bundestag eine kleine Anfrage wegen der Afghanistan-Kriegskosten gestartet hat. Und lesen Sie mal genau die Antwort der Bundesregierung auf die AfD-Anfrage: »Für die Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen ›International Security Assistance Force‹ (ISAF), ›Operation Enduring Freedom‹ (OEF), ›United Nations Assistance Mission in Afghanistan‹ (UNAMA) und der ›Resolute Support Mission‹ (RSM) in Afghanistan wurden durch den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung von 2001 bis zum 31. Juli 2018 insgesamt rund 11,2 Milliarden Euro an einsatzbedingten Zusatzausgaben geleistet.« Geschickt herausgewunden: »einsatzbedingte Zusatzausgaben«

DIE KOSTEN DER INVASION WERDEN VERSTECKT

Aber auch die regulären Unterhaltungskosten der Truppe vor Ort schlagen zu Buche. Und dann fallen Kosten an, die in den Ausgaben anderer Bundesministerien versteckt sind, besonders im Außenministerium, im Ministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Innenministerium – ja sogar das Landwirtschaftsministerium und das Kulturreport müssen was abgeben für das Schlachten am Hindukusch. RT Deutsch kommt in seiner Rechnung damit bis 2018 bereits



Weder Demokratie noch Freiheit: Teurer Kriegseinsatz hinterlässt nur Chaos. Collage: Jill Sandjaja

auf Kosten in Höhe von 16,4 Milliarden Euro. Das Portal verweist zudem auf eine Rechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahre 2010. Demzufolge hätten die deutschen Streitkräfte bereits damals Kosten von bis zu 33 Milliarden Euro verursacht. Der deutsche Einsatz in Afghanistan würde jedes Jahr drei Milliarden Euro verschlingen. Rechnen wir mal zwanzig Jahre, da kommen wir auf locker 60 Milliarden Euro.

Die Beträge nehmen sich eher geringfügig aus, verglichen mit dem Aufwand, den die USA betreiben mussten. Auch seitens der US-Regierung wird erst einmal tief gestapelt. Auch dort möchte man am liebsten nur über die losgelösten reinen Einsatzkosten vor Ort reden. Die belaufen sich auf 800 Milliarden Dollar für den Einsatz der eigenen Jungs am Hindukusch. Hinzu kommen etwa 85 Milliarden Dollar für die Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Streitkräfte. Das amerikanische Magazin für Reichtum und Schönheit *Forbes* macht den Spielverderber und spricht glatt von über zwei Billionen US-Dollar Kriegskosten für die USA.

Anlass für den konzertierten Waffengang der westlichen Wertegemeinschaft nach Afghanistan waren bekanntlich die Ereignisse des 11. Septembers 2001, der sich in Kürze zum zwanzigsten Mal jährt. Dieser Anschlag, der angeblich von einem globalen Netzwerk Al Kaida ausging, lieferte die Begründung, Afghanistan zu überfallen, um dort die Terrorzelle mit Stumpf und Stiel auszulöschen. Den Schaden durch den Anschlag auf das World Trade Center schätzt die Münchner Rückversicherung auf vierzig Milliarden Dollar, andere Schätzungen gehen von 60 Milliarden Dollar aus. Diese Schadensberechnungen sind alle eher oberflächlich. Nicht einberechnet sind die Langzeitkosten für die Umwelt, den ruinierten Handel, ruinierte Infrastruktur und medizinische Nachsorge.

Die Brown-Universität in Rhode Island hat ausgerechnet, dass für die medizinische und psychiatrische Betreuung sowie die Pflege der Kriegsveteranen aus Afghanistan- und Irak-Krieg bis zum Jahre 2050 ein Betrag in Höhe von zwei Billionen US-Dollar anfallen wird.

MILLIONEN MENSCHEN MÜSSEN FLÜCHTEN

Von den Flüchtlingen haben wir bis jetzt noch gar nicht gesprochen. Bundesinnenminister Seehofer schätzt die Anzahl der Personen, die jetzt Afghanistan aus Angst vor den Taliban verlassen werden auf 300.000 bis zu fünf Millionen. Die werden sich dann zu den bereits im Jahre 2018 laut UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR über 70 Millionen Menschen gesellen, die bereits vor Kriegen oder vor Umweltzerstörung oder der Zerstörung der Landwirtschaft auf der Flucht sind. Diese Menschen sind zutiefst zu bedauern. Wer von diesen Unglücklichen bis in das gelobte Land Deutschland gekommen ist, hat sechs Richtige mit Zusatzzahl gezogen.

Die allermeisten Flüchtigen dieser Welt vegetieren in Nachbarländern ihrer Heimat mehr schlecht als recht in Zeltstädten, die sich nur noch graduell von Konzentrationslagern unterscheiden. Auf engstem Raum zusammengepfercht haben sie keine Perspektive, hier jemals herauszukommen. Irgendwann werden sie hier verbittert sterben, ohne jemals irgendein Erfolgserlebnis gehabt zu haben. Wenn es ihnen gelingt, sich irgendwo in die Gesellschaft zu integrieren, müssen sie immer noch auf der Hut sein, ob die Einheimischen sie auch wirklich dauerhaft dulden.

Es gibt allein in Afghanistan drei Millionen Binnenflüchtlinge. 2,6 Millionen Afghanen leben in Iran, 1,5 Millionen in Pakistan, und 200.000 in der Türkei. All diese unfreiwilligen Gastgeberländer wollen auch von den Verursachern

der Kriege nicht ganz zu Unrecht einen finanziellen Ausgleich bekommen. Das weiß auch Frau Merkel. Sie rief sofort nach Bekanntwerden des Ansturms der Flüchtlinge auf Kabul den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Filippo Grandi an. Die großen Kriegsverursacher-Länder USA, Deutschland und Frankreich halten sich die UNHCR, um die Opfer ihrer Kriegspolitik in Lagern zu parken. Allein Deutschland zahlt jedes Jahr etwa 400 Millionen Dollar in die Kasse der UNHCR ein. Das ist im Verhältnis zum Schaden durch die verursachten Kriege lächerlich wenig.

Angela Merkel kann jetzt keine Bilder von Flüchtlingsströmen in die Bundesrepublik Deutschland gebrauchen. Sonst knöpft die AfD den Unionsparteien wichtige Wählerprozent ab. Stichwort »Wir schaffen das«. Frau Merkel möchte gerne von Herrn Grandi, dass er die flüchtigen Afghanen erst mal bis nach der Wahl in Pakistan unterbringt. Da müssen wir aber auch wieder schön nett zu Pakistan sein und dort mal ein bisschen Geld »überwachen« lassen. Wie viel, das werden wir wohl kaum erfahren. Wer weiß, in welchem Ministerium die Kosten wieder versteckt werden.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeLmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEwW

Da die großen Plattformen wie *Youtube*, *Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
reitschuster.de | rubikon.news
corodoks.de | corona-ausschuss.de
klagepaten.eu | mutigmacher.org
apolut.net | multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



ZITUNGSWUNDER 20/21:
Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 15 Millionen in 60 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°44 vom 17. April 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

MELDUNG

HAUSHALTSDEFIZIT
AUF REKORDNIVEAU

Wiesbaden/DW. Laut vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamts sind die Staatsausgaben im ersten Halbjahr in die Höhe geschossen. Bezogen auf die Gesamtwirtschaftsleistung beträgt das Haushaltsdefizit mit 80,9 Milliarden Euro nunmehr 4,7 Prozent. Stefan Hauf vom Statistikamt sagte dazu: »Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie haben zum zweithöchsten Defizit in der ersten Jahreshälfte seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1991 geführt.« Im Gesamtjahr 2021 könne sich das Defizit nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank sogar noch vergrößern. (ber)

IN ALLER KÜRZE
GEMELDET

+++ Das Ergebnis des BER-Untersuchungsausschusses liegt vor: Die Flughafengesellschaft muss demnach nun mit Steuermitteln saniert werden. Der Berliner Flughafen wurde mit neun Jahren Verspätung nach 15 Jahren vergangenes Jahr fertiggestellt. Die Baukosten hatten sich mit 6,5 Milliarden Euro verdreifacht. +++ Bundesregierung plant nach Meldungen des Magazins *Focus* die Einführung einer Impfnachweis- und Testpflicht auch für den Einkauf in Lebensmittelgeschäften. +++ Demokratiebewegung plant Boykott von Geschäften, die die sogenannte 3G-Regeln durchsetzen. +++ Laut Ifo-Geschäftsklimaindex haben 70 Prozent der Industriebetriebe in Deutschland Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten. Manager gehen von weiterem Rückgang der Wirtschaftsleistung aus. +++ Der Großindustrielle Elon Musk kündigt nach seiner Rückkehr aus dem Weltall einen intelligenten Arbeitsroboter an, der in Haushalten und in der Produktion eingesetzt werden soll. +++ Der Europapark in Rust gibt spezielle Arbänder aus, welche Ungeimpfte im Areal des Freizeitgeländes tragen müssen. Nach vehementen Diskriminierungsvorwürfen zieht die Leitung der Achterbahnbetreiber-Gesellschaft die Vorgabe zurück. +++ Karl Lauterbach warnt und fordert Verschärfungen. Diesmal: 2G statt 3G. +++ Bewaffnete Taliban fahren Autoscooter in Afghanistan. +++ US-Regierung plant Flüchtlingslager auf Stützpunkten in Deutschland. 4.000 Menschen sollen in Bayern und in Rheinland-Pfalz untergebracht werden. (hes)

PARTEI DIE BASIS FORDERT
RÜCKTRITT VON DILEK KALAYCI

Berlin/DW. In einer Pressemitteilung fordert die Berliner Basis-Partei die Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Dilek Kalayci, auf, sich unverzüglich von ihrer Impfaufforderung an Minderjährige zu distanzieren und ihr Amt niederzulegen. Die Partei droht mit massiven Sanktionen der Eltern der Stadt. (rop)

Machtverschiebung im Mittleren Osten

Nach dem Afghanistan-Fiasko werden die Karten geopolitisch neu gemischt. | Von Hermann Ploppa

Unerträgliche Szenen spielten sich ab in Kabul. Massen von Afghanen strömten zum Flughafen, um noch in die letzten Flugzeuge zu kommen, die sie außer Landes bringen. Verzweifelte Menschen hängten sich an das Fahrwerk der schweren Transportflugzeuge, verloren in der Luft ihre Kraft und stürzten in die Tiefe in den sicheren Tod. Eine makabere Wiederholung der Szenen nach dem Rückzug der USA aus Saigon in den 1970er Jahren.

Das Vietnam-Debakel nagte jahrelang am Selbstwertgefühl der bis dato unbesiegbaren USA. Doch hatten die Militaristen den Krieg damals an der »Heimatfront« verloren. Der mächtige Widerstand der US-Bevölkerung zwang das Militär zum Aufgeben. Das ist diesmal anders. Einen nennenswerten Widerstand gegen den Afghanistan-Feldzug gab es in den USA nicht. Diesmal haben die Vereinigten Staaten von Amerika den Krieg tatsächlich auf dem Schlachtfeld verloren. Die mühsam aufgebaute afghanische Vasallen-Streitmacht war in keiner Weise motiviert, gegen die Taliban zu kämpfen.

IRAK UND AFGHANISTAN WAREN EIN
GEOSTRATEGISCHER SCHACHZUG

Damit haben die USA in Asien ihr Gesicht verloren. Die Lässigkeit, mit der die Amerikaner ihre frisch angelegten Vasallen fallen ließen wie eine heiße Kartoffel, wird man sich dort ins Gedächtnis eingravieren. Die krampfhaften Versuche, in Asien eine Front gegen China zusammenzuschustern, sind kompromittiert. Was waren denn überhaupt die Motive der USA, sich nach dem 11. September 2001 zuerst Afghanistan und danach Irak einzuverleiben? Wir wissen es bis heute nicht ganz genau. Was wir aber als Ergebnis sehen: Die USA waren bis letzte Woche die stärkste Militärmacht im Mittleren Osten. Das machte tatsächlich in den frühen 2000er Jahren Sinn. Denn nach zehn Jahren Jelzin-Alkoholismus war Russland faktisch erledigt. China war noch zu schwach, sodass die Nato

sogar ungestraft die chinesische Botschaft in Serbien mit Bomben auslöschen konnte. Im Sinne von Zbigniew Brzezinski gedachten die USA mithilfe der beiden terrestrischen Flugzeugträger Irak und Afghanistan, die ungeheuer rohstoffreichen ehemaligen Republiken Zentralasiens, übernehmen zu können.

Doch die beiden terrestrischen Flugzeugträger entwickelten ein unerwünschtes Eigenleben. Weil die USA den sunnitischen Diktator Saddam Hussein mithilfe der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Irak gestürzt hatten, mussten sie hinnehmen, dass die neue schiitische Regierung ihren Gebetssteppich nach dem benachbarten schiitischen Iran ausrichten. Und Afghanistan ist ein schier unkontrollierbarer Flickenteppich von unterschiedlichsten Ethnien und Sprachen. Hier ist die persische Sprache der große Generalnenner unter den afghanischen Völkern.

US-AMERIKANISCHE
HEGEMONIE IST PASSÉ

und mittlerweile ist an eine Übernahme der zentralasiatischen Republiken überhaupt nicht mehr zu denken. Russland ist wieder aufgestiegen zu einem geopolitischen Spieler ersten Ranges. Und China bastelt an seiner Seidenstraße, was die Anrainerstaaten eher zu überzeugen vermag als die perspektivlosen Rambo-Abenteuer der einstigen ersten Weltmacht. Mit der RCEP-Freihandelszone in der Region Asien-Pazifik hat China ein in sich geschlossenes Territorium zur Verfügung, um sein Seidenstraßenprojekt zu entwickeln. Wie auch immer man zu Chinas Ambitionen stehen mag: Es ist einfach ein Faktum, dass seit dem schmachvollen Abzug der USA und der ihr unterstellten Nato, Chinas Wirtschaftsraum wieder ein



Wer soll jetzt Afghanistans Herzblatt sein? Kandidat 1, 2 oder 3?
Collage: Jill Sandjaja

Stück homogener geworden ist. Und das hat China geschafft, indem es den raufgelustigen Cowboys immer aus dem Weg gegangen ist und die Amerikaner einfach auflaufen ließ. Wutschnaubend haben die USA jetzt den Internationalen Währungsfonds angewiesen, bereits bewilligte Kredite für Afghanistan in Höhe von 460 Millionen Dollar nicht auszuzahlen. Afghanistans Gold- und Devisenreserven im Wert von neun Milliarden Dollar lagern schon seit dem Überfall von 2001 in den Safes der USA. Die wollen die Amerikaner jetzt »einfrieren«, mit anderen Worten: selber behalten. Auch diese »Strafen« des gütigen Hegemons werden in Asien im Gegensatz zu früher keinen bleibenden Eindruck mehr hinterlassen.

Die Zeche müssen mal wieder die treuen Vasallen der USA bezahlen. Die zu erwartenden Flüchtlingsströme werden selbstverständlich zielsicher nach Europa eilen (siehe Seite 9). Die USA sind schön weit weg – 8.000 Kilometer Atlantik liegen dazwischen. Die zunehmende Isolation der einstigen einzigen Weltmacht wird auf die ergebensten Schildknappen wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien übergreifen und sie mit in den Untergang treiben. Eine Kurskorrektur ist dringend angesagt.

MEHR ARMUT DURCH CORONA-MASSNAHMEN

Im Plandemie-Jahr 2020 sind die Sozialhilfekosten signifikant gestiegen. | Von Hermann Ploppa

Der Trend geht schon seit Jahrzehnten dahin, dass immer weniger Menschen sich und ihre Angehörigen mit Arbeit ernähren können und teilweise oder ganz auf Lohnersatzleistungen angewiesen sind. Dieser Trend ist gewiss auch im letzten Jahr weitergegangen.

So viele Menschen wie im Corona-Lockdown waren noch nie dazu verdonnert, ohne Arbeit zuhause sitzen zu müssen,

oder eine reduzierte Arbeit im Heimstudio zu machen. Das Ganze wurde mit viel Geld zugekleistert, das eilfertig aus den Geldpressen in Umlauf gebracht wurde. So ist bis jetzt immer noch nicht so viel zu sehen von den Verwerfungen, die die Corona-Kampagne auf lange Sicht erzeugen wird. Erzeugen muss.

Und so fällt die Zunahme von Sozialhilfeleistungen im letzten Jahr eher milde aus. So bekamen Rentner und Erwerbsgeminderte insgesamt 7,6 Milliarden

Euro ausgezahlt. Das sind zehn Prozent mehr Ausgaben als 2019. Die astronomischen Kosten für die Pflege von Senioren müssen ebenfalls immer stärker bezuschusst werden: Mit 4,3 Milliarden Euro zahlte die Solidargemeinschaft 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt beziehen aktuell 564.000 Personen diese Art von Sozialhilfe und insgesamt gaben die Leistungsträger 14,4 Milliarden Euro für alle Arten von Sozialhilfe aus. Das bedeutet einen Anstieg der Sozialhilfeleistungen um 6,5 Prozent gegenüber 2019.

GLOBALE REVOLUTION FÜR DIE FREIHEIT

*Weltweit erobern sich die Völker dieser Erde ihre Volkssouveränität zurück.
Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das erste Corona-Regime fällt.*

DIE POLEN LASSEN SICH NICHTS VORSCHREIBEN

Von Ronja Palmer

Unser Nachbarland Polen wird nur zu gern medial ausgespart. Und wenn im deutschen *Mainstream* in letzter Zeit über die Corona-Situation in unserem Nachbarstaat berichtet wurde, so fielen Schlagzeilen wie »Renitente Impfgegner in den Bergen«, »Polen: Hass und Gewalt gegen Impfpersonal« oder es wurde über die skurrilen Versuche berichtet, mit der die polnische Regierung versucht, Anreize für die Impfung zu schaffen.

Und es gibt sie wohl, die Menschen, die sich für die bloße Möglichkeit, ein Auto mit Hybridantrieb, einen Elektro-Scooter oder sogar eine halbe Million Euro aus der ganzen 31 Millionen Euro schweren polnischen Impfloterie zu gewinnen, nur zu gerne den verheißungsvollen *gen-shot* geben lassen. Grundsätzlich sind die Polen aber eher misstrauisch, was die Impfung angeht, sagt mir Justyna Walker von der World Freedom Alliance, die in Katowice wohnt. Die »Impflust« bei den Polen hat stark nachgelassen. Selbst viele bereits Erstgeimpfte lassen den zweiten Termin einfach sausen. Es gibt in Polen momentan auch wenig Anlass dafür. Polen hatte zwar im Winter einen harten *Lockdown*, doch seit Monaten gibt es wenig Beschränkungen.



Am 7. August versammelten sich 200.000 Polnische Freiheitskämpfer in Katowice.

Foto: Justyna Walker

Kein Vergleich zur Impf- und Testapartheid in Deutschland. Geschäfte und Gastronomie sind ausnahmslos geöffnet, Kulturveranstaltungen finden weitgehend ohne Beschränkungen statt. Eine Maskenpflicht gibt es zwar offiziell in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln, »aber in der Praxis hält sich keiner daran und auch keiner sagt etwas, wenn man keine trägt«, berichtet mir Justyna und erklärt: »Die Polen wollen sich nichts vorschreiben lassen. Die Erinnerung an die kommunistische Unterdrückung sitzt tief.« Viele Gewerbe hatten selbst im *Lockdown* geöffnet und letztlich sogar die Gerichtsverfahren gewonnen. Doch nicht nur im Alltag leisten die Polen Widerstand. Auch auf der Straße ist die polnische Demokratiebewegung präsent. Für den 18. September ist im Rahmen der *worldwide demonstrations* eine Großdemo in Lubin geplant.



Unerschütterlich demonstrieren Pariser Demokraten Woche für Woche für die umfassende Wiederherstellung ihrer Grundrechte.

Foto: worldwidedemos

FRANKREICH MACHT ES VOR: ALLE AUF DIE STRASSE!

Von Ronja Palmer

Es riecht nach französischer Revolution. Seit sechs Wochen finden in ganz Frankreich Massenproteste statt. Sie zeugen von der Rückkehr zur Volkssouveränität, einem furchtlosen Einstehen der mündigen Bürger für die unveräußerlichen Grundrechte.

In mehr als 200 Städten demonstrieren Hunderttausende Franzosen aus allen Teilen der Bevölkerung gegen die Ausweitung der Nachweispflicht über einen Gesundheitspass auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens und gegen die Impfpflicht für das Gesundheitspersonal. Seit dem 9. August ist der Pass in Frankreich erforderlich, um Restaurants, Bars und Sportstadien zu betreten oder Fernzüge, Flugzeuge und Busse zu benutzen. An Bahnhöfen gibt es strikte Kontrollen. Selbst beim Essen im Außenbereich von Cafés kontrolliert die Polizei die Gesundheitszertifikate. Anaïs, eine 30-jährige Stylistin aus Paris, sagt auf

einer Demo in Paris: »Ich demonstriere weil, wir mittlerweile in einer Zwangsdiktatur leben. Die Regierung ist völlig korrupt. Sie hat die Gesetze gebrochen, um die Impfung durchzusetzen und einen autoritären Staat zu errichten. Die Franzosen sind empört, weil sie ihr Land nicht wieder erkennen.«

Einzig und lächerliche Reaktion auf die Proteste von Seiten der französischen Regierung war es bis jetzt, die Gültigkeitsdauer von Corona-Tests zu verlängern und auch Selbsttests anerkennen zu lassen. Noch hält das Corona-Regime an den menschenverachtenden Maßnahmen fest, doch es zeigt sich zunehmend, dass die Staatsgewalt die Massenproteste einfach nicht aufhalten kann. Mehr und mehr kündigt sich ein Umsturz an. Sollte das Regime in Frankreich bald fallen, wäre das ein schillernder Befreiungsschlag gegen die Unterdrückung, der in Deutschland und in der ganzen Welt Wellen schlagen wird.

WIENER ZUKUNFTSKONFERENZ

Von Eric Angerer

Unter dem Motto »Für die Beendigung der Profit-Maximierung sowie für eine radikale Grunderneuerung der Gesellschaft« diskutieren in Wien österreichische Linke, die dem Corona-Regime kritisch gegenüberstehen. Der Rahmen ist eine große Konferenz vom 10. bis zum 12. September.

Seit eineinhalb Jahren lebt die Gesellschaft in einem Ausnahmezustand, der durch Angstmache, Repressalien und einen immer größeren Impfdruck gekennzeichnet ist. Über das, was da abläuft, über Widerstandsstrategien und Zukunftsperspektiven, soll auf der Konferenz gesprochen werden.

Die Zukunftskonferenz ist ein Gemeinschaftsprojekt der Initiative Plattform Respekt, Idealism Prevails, *Sender.fm*, *Neue Debatte*, Verein für kulturelle Information (keinzustand.at) und dem

Kulturverein *Limmitationes* in Kooperation mit Aktionsradius Wien. Zahlreiche Referate und Podiumsdiskussionen versprechen Erkenntnisgewinn und spannenden Austausch. Angekündigt sind unter anderen die Wirtschafts- und Sozialhistorikerin Andrea Komlosy, der Ökonom und Finanzspezialist Ernst Wolff, der Journalist und Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen, die klinische Psychologin und Aktivistin Elisabeth Mayerweck, der Autor und *YouTube*r Gunnar Kaiser, der Sozialwissenschaftler und Jugendforscher Bernd Heinzlmaier, der Globalisierungskritiker und Philosoph Andre Kiss, der ehemalige Volleyballnationalspieler und Medienmacher Eugen Bakumovski oder der Widerstandsanwalt Michael Brunner.

Die Konferenz startet an allen drei Tagen um 9 Uhr, das inhaltliche Programm dauert bis etwa 20 Uhr, danach gibt es jeweils ein Musikprogramm, das von Udo Preis moderiert wird. Stattfinden wird die Konferenz im Lorely-Saal im Westen Wiens. Das genaue Programm sowie die Modalitäten des Ticketverkaufs finden sich unter: zukunftskonferenz.live

AUSTRALIEN WEHRT SICH

Von Batseba N'Diaye

Am vergangenen Samstag kam es in Melbourne, Sydney und Brisbane erneut zu Großdemonstrationen gegen den sich verschärfenden Impfwang und den kürzlich bis Ende September verlängerten *Lockdown* für den Großraum Sydney. Es war die gewalttätigste Demonstration seit langem, denn zum ersten Mal setzte die australische Polizei gefährliche Projektilwaffen ein.

Die halbautomatischen Gewehre können stumpfe Kugeln in der Größe von Murneln oder Pfefferpatronen abfeuern. Sie sind äußerst gefährlich, denn je nachdem, wo sie den Körper treffen, können sie verstümmeln und bleibende Verletzungen hinterlassen. Melbourne Activist Legal Support (MALS), eine ehrenamtlich arbeitende Organisation, die Polizeieinsätze auf Demonstrationen beobachtet, ist schockiert. Ganz anders verlaufen die Proteste derweil an der australischen Westküste. In Perth, der Hauptstadt des Bundesstaats Western Australia mit zwei Millionen Einwohnern, hat die Polizei den mehreren Tausend Demonstranten am 21. August sogar höflich den Verkehr aufgehoben. Der Bundesstaat blieb bisher weitgehend von harten *Lockdowns* verschont. Proteste bleiben in der Regel ungestört. Währenddessen spitzt sich der Impfwahn in Australien zu. Die Regierung will demnächst 24.000 Kinder im Stadion von Sydney zusammentreiben und in Abwesenheit der Eltern impfen.



Friedlicher Protestzug für Frieden und Freiheit am 21. August in Perth.

Foto: privat

MOSKAUS IMPFPASS GESCHEITERT

Von Markus Haintz

Moskauer Bürger brachten vor kurzem den Impfpass zu Fall. Sie weigerten sich einfach, Geschäfte zu besuchen, die einen Impfpass verlangen, sodass deren Umsatz einbrach. Geschäftsinhaber aus der ganzen Stadt riefen daraufhin empört im Büro des Bürgermeisters Sobjanin an, bis der am 19. Juli die Abschaffung der Impfpässe verkündete. Er erfand die Ausrede, dass die Covid-Fallzahlen plötzlich besser geworden seien, um die Aufhebung der Pässe zu begründen. Der Sieg der Moskauer ist ein spektakuläres Beispiel für zivilen Ungehorsam.

DER PLAN FÜR DEN 28. JUNI

Informationen zu den Standorten und Aktionen der Demokratie



DW-BUS:

Psst ... geheime Info an alle Demokraten: Das DW-Team wird am Wochenende wieder mit dem gelben Bus quer durch Berlin unterwegs sein. Mit im Gepäck: 275.000 Exemplare der neuen Ausgabe und Wasser für Tapfere. Also Augen offen halten!

NETTELBECKPLATZ:

Samstag von 14-20 Uhr findet am Nettelbeckplatz ein Marktplatz der Demokratie statt. Es wird zahlreiche Infostände geben, unter anderem von Eltern stehen auf, die Freie Linke, Christen im Widerstand und die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand!

FEUERWERK DER DEMOKRATIE:

Von der Brandenburger Landesgrenze aus wollen begeisterte Demokraten Buchstaben in den Berliner Nachthimmel feuern.

SEHENSWÜRDIGKEITEN DES CORONA-REGIMES:

1. Friedrichstraße/Unter den Linden, Treffen Aufzug, Sa. 11 Uhr
2. Nettelbeckplatz, Marktplatz der Demokratie, Sa. ab 14 Uhr
3. Straße des 17. Juni
4. Siegessäule, Kundgebung (permanent / polizeilich abgeriegelt)
5. Brandenburger Tor
6. Potsdamer Platz
7. Fernsehturm & Alexanderplatz
8. Berliner Dom, Am Lustgarten
9. Kottbusser Tor, Kreuzberg-36-Kiez
10. Tempelhofer Feld
11. Feierliche Maskenverbrennung im Viktoriapark / Kreuzberg
12. Gefangenensammelstelle Moabit, Kruppstraße 15 (!)
13. Bundestag
14. Bundeskanzleramt
15. Robert-Koch-Institut, Seestraße 10
16. EU-Kommission und EU-Parlamentertretung in Berlin, Unter den Linden 78
17. Bundesnachrichtendienst BND, Chausseestraße 96
18. Bundesamt für Verfassungsschutz (Inlandsgeheimdienst/Stasi) UND Senatsverwaltung für Inneres Berlin, Klosterstraße 47
19. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Liniestraße 227
20. Google-YouTube-Konzernzentrale Berlin, Tucholskystraße 2
21. Microsoft, Unter den Linden 17
22. ZDF-Hauptstadtstudio, Unter den Linden 36 bis 38
23. ARD-Hauptstadtstudio, Wilhelmstraße 67
24. taz, die tageszeitung, Friedrichstraße 21
25. Parteizentrale SPD, Wilhelmstraße 141
26. Parteizentrale CDU, Klingelhöferstraße 8

POTSDAMER PLATZ:

Der zentrale Platz (Titel dieser Zeitung viele große Zufahrtsstraßen, kann nicht abgeriegelt werden und net sich wunderbar) Schlusskundgebung

AM 29. AUGUST IN BERLIN!

Demokratiebewegung plus Sehenswürdigkeiten des Corona-Regimes.



ALEXANDERPLATZ:
Am Samstag und Sonntag soll es am zentralen Alexanderplatz mehrere Angebote von Demokratie- und Grundrechtsfreunden geben, die Besucher unser aller Hauptstadt mit Wasser, Bratwurst und Erster Hilfe versorgen können.

INFOBOX MOBILITÄT:
Sicher ankommen: Das Regime versucht, Demonstranten daran zu hindern, die Versammlungsorte überhaupt erst zu erreichen. Busse werden angehalten und Autobahnen eingeschränkt, Platzverweise für die Innenstadt erteilt. Ortskundige Demokraten empfehlen deshalb, die letzten Kilometer zur Stadt zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen, Hauptstraßen zu meiden und stattdessen Schleichwege zu nutzen, bis zum Erreichen der Versammlungsorte keine Flaggen, T-Shirts, Mützen mit Symbolen der Demokratiebewegung zu tragen.

Zur Mobilität vor Ort: Berlin verfügt über ein gut funktionierendes und dichtes Netzwerk an öffentlichen Verkehrsmitteln. Außerdem können E-Scooter, Motorroller und Fahrräder an jeder Ecke günstig gemietet werden. Auch Car-Sharing-Dienste und flinke Taxis stehen flächendeckend zur Nutzung bereit.

Taxi: Beispielsweise unter 030 44 33 22. **Demo-Mietwagen:** Miles, Share Now, Weshare, Sixt, Cambio. **Fahrradverleih:** Wheels, Nextbike, Call a Bike, Lime Bike, Jump, Byke, Donkey Republik. **Motorroller-Verleih:** Coup, Enuu, Emmy. **E-Roller:** Bolt, Jump, Tier, Bird, Spin, Lime, Voi. Jeweils per Telefon buchbar.

Liste für Sie zusammengestellt vom Berliner Senator für Inneres und Sport, Andreas Geisel (SPD). Quelle: www.berlin.de/tourismus.

AUTOKORSO FÜR GRUNDRECHTE:
Samstag, 16 Uhr, Beginn in der Paradiesstraße 256, nahe P+R S-Altglienicke.

FEIERLICHE MASKENVERBRENNUNGEN AUF DEM KREUZBERG:
Der Hügel, der dem Viertel seinen Namen gibt, wird jeden späteren Abend zum Ort feierlicher Maskenverbrennungen.
Umgebung: Viktoriapark.



Hypochonder- Pandemie



Björn Gschwendtner ist gelernter Biologielaborant und Kommunikationsdesigner.

Die allgegenwärtige Corona-Propaganda führt bei vielen Menschen zu psychosomatischen Krankheitserscheinungen. | Von Björn Gschwendtner

Hans Mohl war der Moderator der Fernsehsendung **Gesundheitsmagazin Praxis**, die bis ins Jahr 2004 monatlich ausgestrahlt wurde. Ärzten fiel auf, dass jeweils am Tag nach der Ausstrahlung, vermehrt Patienten in die Praxis kamen, die genau über die Symptome klagten, die in Mohls Sendung thematisiert wurden.

Ein ähnliches Phänomen ist die »Medizinstudentenkrankheit«, eine Art Hypochondrie, die bei etwa 70 bis 80 Prozent der Medizinstudenten auftritt. Wird im Studium ein bestimmtes Krankheitsbild studiert, verfallen viele Studenten der Annahme, sie würden auch bei sich solche Symptome entdecken und an besagter Krankheit leiden. Durch die fehlende Praxis und Erfahrung können die Studenten die Krankheiten noch nicht richtig einordnen.

In meiner Ausbildung zum Biologielaboranten ist mir und meinen Azubi-Kollegen ähnliches passiert. Als wir in der Berufsschule einen Film über Kleinstlebewesen auf der Haut schauten, bildeten wir uns plötzlich ein, dass es überall am Körper juckt. Dann drehten wir uns um und sahen, dass es den Anderen auch so ging. Erleichtert lachten wir dann alle auf. Es wurde uns klar, dass alles wie vorher war: nur die neue Information bewirkte dieses Verhalten. Problem gelöst, Erkenntnis dazugewonnen.

PSYCHISCHE STÖRUNGEN DURCH ALLGEGENWÄRTIGE PANIKMACHE

Auch in der breiten Bevölkerung ist dieses Phänomen nun zu beobachten. In Funk und Fernsehen werden den medizinischen Laien Ansteckungswege in dreidimensionalen Computeranimationen aufgezeigt, Tröpfchenflüge beim Niesen werden im Seitenlicht sichtbar gemacht, Warnschilder sind überall aufgehängt und so weiter. Es wird anschaulich und detailliert dargestellt, wie sich Krankheiten übertragen können. Klar, bestimmte Krankheitserreger übertragen sich beim Niesen, manche übertragen sich durch offene Wunden. So ist es und so war es »vor Corona« auch schon. Die Tatsache, dass jetzt jeder »Bescheid weiß«, heißt aber nicht, dass etwa die Gefahr größer geworden ist. Durch das Draufhalten der medialen Lupe auf die Coronaviren, wird die reale Gefährlichkeit unverhältnismäßig vergrößert – und der dicke Rand der

Lupe verdeckt den Blick auf den Rest dieser komplexen Welt. Kein Wunder also, dass viele ihre nächsten für potentielle Todbringer halten und sich beim zwischenmenschlichen Kontakt gestört verhalten. Auch die Annahme, der Corona-Virus sei besonders ansteckend und gefährlich, führt oftmals zu stärkeren Krankheitsverläufen, zumindest in der subjektiven Wahrnehmung der Erkrankten. Die angsteinflößende Vorstellung, an einer todbringenden Krankheit zu leiden, erzeugt verständlicherweise mehr Stress als man ihn bei einer gewöhnlichen Grippe hätte. Und Stress mindert bekanntlich die Immunabwehr.



HEIMTÜCKISCHES FRAMING

Während die Gefahr durch Corona in den Medien aufgebauscht wird, wird eine andere Gefahr für Leib und Leben aber komplett vertuscht. Es handelt sich hierbei um Dihydrogenmonoxid (DHMO), ein billiges Lösemittel, welches beim Einatmen schon in kleinen Mengen zum Tode führen kann. DHMO ist auch in Tumorzellen enthalten sowie Hauptbestandteil von saurem Regen. Die Regierung klärt darüber nicht auf und hat bisher noch keine Schritte unternommen, die Verbreitung von DHMO zu unterbinden.

Aber Entwarnung! Hier habe ich mir einen klassischen Wissenschaftler-Witz erlaubt. Dihydrogenmonoxid ist einfach nur die chemische Bezeichnung für Wasser. Durch die fachsprachlich-abstrakte Bezeichnung klingt auch Wasser gleich wie eine gefährliche Substanz. Begriffe, die mit der Fake-Pandemie Hochkonjunktur haben, wie beispielsweise Inzidenz, Delta-Mutante oder Super-Spreader sind oftmals nichts anderes als Namen, die den Dingen einen gefährlichen Klang geben sollen. Lassen Sie sich also nicht verunsichern durch den politisierten »Wissenschaftsjargon«. Vermeiden Sie den übermäßigen Konsum bildlicher Darstellungen von Krankheitsübertragungen oder ständigen Warnbotschaften durch irgendwelche selbsternannten Corona-Experten.

Ein langjähriger Mediziner wie Bodo Schiffmann oder der Münchner Kinderarzt Dr. Steffen Raabe, die schon unzählige Krankheiten haben kommen und gehen sehen, besitzen einen erfahrungsgestützten Abstand und können die Gefahr besser einordnen als ein Wissenschaftler, der im Reagenzglas Viren beobachtet, oder ein Mediziner, der niemals einem Patienten begegnet ist, aber von Talkshow zu Talkshow tingelt.

Eingebildeter Kranker: Karl Lauterbach (SPD) bereitet sich auf seinen persönlichen Bunker vor. Tschüß!
Collage: Jill Sandjaja

POP409



Ian Brown rockt die Impfkritik auf Twitter.
Foto: twitter @ianbrown

KEINE HOHEN TÖNE FÜR DIE IMPFUNG

Der britische Rockmusiker Ian Brown findet auf Twitter eindeutige Worte zur Impfung. So fragt er seine Follower am 27. Juni, was denn der Sinn hinter der Impfung sei, wenn sie die Übertragung doch gar nicht aufhalten könne? Könne ein Impfpass dann die Übertragung stoppen? Selbsterklärend eine ironische Frage. Der ehemalige Sänger der Stone Roses reiht sich damit in die Gruppe der Maßnahmen-kritischen Musiker weltweit. Entsprechend diffamierend fällt das Echo der Leitmedien aus. Sie haben in Brown einen neuen Schwurbel-Musiker ausgemacht, den es zu bekämpfen gilt. (nir)



IN LIEBE WACHSEN FESTIVAL

3. bis 4. September 2021
CHEMNITZ



Nico Riedl (DW) empfiehlt das Musikfestival »In Liebe wachsen« am 3. und 4. September in Chemnitz.
Bild: ihv

EIN LICHTBLICK IM SPÄTSOMMER

Vom 3. bis zum 4. September findet in Chemnitz das dritte »In Liebe Wachsen« Festival statt. Intention der Veranstalter ist es, den Besuchern einen Raum zu bieten, in welchem sich die eigene Schöpferkraft entfalten kann. Mit dabei sind die österreichischen Rapper Kilez More, Äon und die Sängerin Morgaine. (nir)

AKTUELLE SCHWURBEL-CHARTS

1. Scooter. 2. Joseph Haydn. 3. Eric Clapton. 4. Johnny Rotten / Sex Pistols. 5. Kilez More. 6. Oasis. 7. Stone Roses. 8. Nena. 9. Ronnie To Midnight. 10. Jill Sandjaja. 11. Van Morrison. 12. Eva Rosen unplugged. 13. Right Said Fred. 14. Wutang-Clan. 15. Fugees: Killing me softly. 16. Blumfeld: Diktatur der Angepassten. 17. Fler. (hes/ale)

DW-BESTSELLERLISTE

Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Game over.
Covid-19, Anthrax-01
Schöning, Heiko

Blue Tiger Media Verlag
Ab 29. August auf
wirkraft.org erhältlich



Corona-Impfung.
Was Ärzte und Patienten
unbedingt wissen sollten
Bahner, Beate

Rubikon
ISBN: 978-3-96789-024-2



**Evolution, Eugenik und
Transhumanismus.**
Markhoff, Eric

Tredition Verlag
ISBN: 978-3-347-30441-3



Politische Köpfe im Porträt.
Galerie der Systemkritik aus
Journalismus, Wissenschaft und
Politik
Gschwendner, Björn

Promedia Verlag
ISBN: 9783853714829



Das Corona-Dossier.
Unter falscher Flagge gegen
Freiheit, Menschenrechte und
Demokratie
Osraïnik, Flo

Rubikon
ISBN: 978-3967890143



Also sprach Corona.
Die Psychologie einer
geistigen Pandemie
Nelles, Wilfried

Scorpio Verlag
ISBN: 9783958033900



Friedliche Solidarität.
Für die Freiheit
von Richthofen, Motschi

Tredition Verlag
ISBN: 978-3-347-29761-6



**Wollen wir überhaupt noch
frei sein?**
Bodd, Elano

Privat herausgegeben
ISBN: 9798654429100



Die Selbstgerechten.
Mein Gegenprogramm - für
Gemeinsinn und Zusammenhalt
Wagenknecht, Sahra

Campus Verlag
ISBN: 978-3-593-51390-4



Corona unmasked.
Neue Zahlen, Daten,
Hintergründe
Dr. Reiss, Karina
Dr. Bhakdi, Sucharit

Goldegg Verlag
ISBN: 978-3990602317

Christ im Widerstand



Feras Al-Nakasch engagiert sich für das Grundgesetz, das Menschenrecht und die Aufklärung.
Foto: DW

DW: Seit wann sind Sie bei den Christen im Widerstand und warum?

Al-Nakasch: Die Christen im Widerstand haben sich im Sommer 2020 zusammengefunden. Seither bin ich dabei, weil ich von Beginn an, seit März 2020, die Corona-Maßnahmen sehr kritisch sehe. Ich sehe es als meine Verantwortung vor Gott, dass ich zu solch massiven Lügen nicht schweigen kann. Ich nehme wahr, dass die Bevölkerung belogen wird und über die Lüge massive Grundrechtseinschränkungen durchgesetzt werden. Ich sehe, dass wir in unserem Land, aber nicht nur hier, auf einem sehr schlimmen Weg sind.

Inwiefern betrifft dies die Religionsausübung?

Der Staat ist über seinen Autoritätsbereich weit hinausgegangen, indem er Gottesdienste verboten hat. Gerade in einer Krise müssen die Gebetshäuser aber offen sein, Tag und Nacht, sodass die Menschen dort Zuflucht finden! Eigentlich hätten die Gemeinden sagen müssen: Wenn es wirklich die Pest ist, die uns alle wegrafft,

dann beten wir Tag und Nacht, egal, was kommt – und bestürmen Gott, damit er es abwendet, selbst wenn wir unser eigenes Leben aufs Spiel setzen! Aber wir haben keine tödliche Seuche, die alle hinwegrafft. Insofern ist es noch unverständlicher – und eigentlich diabolisch –, dass die Situation genutzt wurde, um geistliches und soziales Leben zu töten.

Das stellen Sie wieder her?

Wenn wir sehen, dass die Gesellschaft auf einem schlechten Weg ist, auf einem bösen und gefährlichen, müssen wir zumindest sagen: »Hey Leute, das ist verkehrt! So geht das nicht.« Gottesdienste wurden verboten und Kirchen zwangsgeschlossen. Wir führten die Gebetsgemeinschaft wieder ein und wuchsen schnell.

Welche Konfessionen sind bei den Christen im Widerstand organisiert?

Mittlerweile so ziemlich alle. Wir kommen aus den evangelischen Landeskirchen, aus dem charismatisch-freikirchlichen Bereich, viele Katholiken sind dabei, Griechisch-Orthodoxe, Baptisten – die Konfessionen sind also inzwischen querbeet, was natürlich sehr schön ist.

Wie kann man die Christen im Widerstand erreichen?

Am einfachsten über unsere Internetseite *christen-im-widerstand.de*. Dort gibt es auch eine Karte für Regionalkontakte. Anrufen kann man uns auch. In Berlin haben wir immer montags um 19 Uhr im Café Mandelzweig unseren offenen Gebetsabend – und unser regelmäßiges *Open-Air*-Gebet.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



SPORT MIT BERTHOLD

RONALDO LÄSST SICH NICHT VON BAERBOCK VERBIETEN

In Zeiten, in denen Kabarett, Theater und Bühnen zwangsgeschlossen sind, scheint eine Frau Baerbock zur Volksbelustigung beitragen zu wollen. In der ablaufenden Woche forderte sie, die Fußball-Weltmeisterschaft abzusagen. So vermessen ein solcher Übergriff von der Politik auf den Sport ist, leider ist es ihr bitterer Ernst. Der Weltfußball soll schon seit Langem zu einem globalen Politikum gemacht werden, aber die Fußballgrößen lassen sich nicht von einer kleinen Kanzlerkandidatin in die Suppe spucken.

Impfgegner Cristiano Ronaldo ist übrigens gut erholt aus dem Urlaub zurückgekehrt und hat gleich im ersten Spiel, kurz nach seiner Einwechslung ein Tor geköpft. Es wurde leider wegen Abseitsstellung aberkannt, aber dem Sportler geht es hervorragend.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die Zeitung des Grundgesetzes

JEDEN SAMSTAG DEN WIDERSTAND IM KASTEN!

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. 2021 und 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

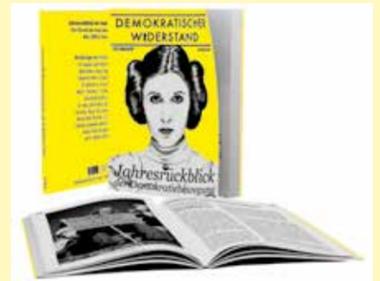
Immer! 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES:

- 1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de**
oder
- 2. Ein Quartalsabo abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de**
oder
- 3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.**

DW-Magazin erschienen

DIE JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG



Die größte Bewegung der deutschen Geschichte von März 2020 bis März 2021, u. a. mit Originalbeiträgen von Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Giorgio Agamben, Casey Koneth, Batseba N'Diaye, Nicolas Riedl, Anselm Lenz und dem Besten der DW-Fotografen. Gestaltung: Jill Sandjaja. Ein Vollfarb-Heft mit 148 Seiten, das nicht zur Selbstzufriedenheit aufruft, sondern den Aufbruch in unsere demokratische Zukunft einleitet.

DAS DW-JAHRESMAGAZIN IST ZU BESTELLEN AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 10,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME _____

TELEFON + E-MAIL _____

STRASSE, HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT _____

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 60. Ausgabe ab Samstag, 28. August 2021. | Redaktionsschluss war am 26. August, 7:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84** · **BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batsbea N’Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer, Gerda Thiele. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. **Sonderbeilage:** Einem Teil der Auflage dieser Ausgabe ist das Magazin Free21 beigelegt.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batsbea N’Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abtografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmensliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.